

# Courier

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäfl. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.  
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950.  
Besöffnet: 9—1 Uhr vorm., 3—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsfrist  
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Deklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 20.

Berlin, den 18. August 1907.

11. Jahrg.

## Die Güterannahme bei den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen.

Viele Fuhrleute der bahnamtlichen Kollfahrunternehmer oder Spediteure werden sich noch der Zeit erinnern, wo bis spät in die Nacht die Annahme von Frachtladungen an den Güterböden gang und gäbe war. Dieser Mißbrauch brachte selbst Unannehmlichkeiten für die Fuhrleute mit sich, daß die Organisation sich mehr und mehr veranlaßt sah, energische Schritte zur Beseitigung der überlangen Arbeitszeit zu unternehmen. Wer die letzten Jahrgänge des „Courier“ durchblättert, wird denn auch finden, daß große Anstrengungen nach der Richtung hin gemacht wurden, einen bestimmten Annahmeschluss herbeizuführen. Und man muß anerkennen, die Organisation hat viel erreicht. Heute wird in Preußen-Hessen die Annahme von Frachtladungen zum Versand fast ausnahmslos um 6 Uhr nachmittags geschlossen. Die Ausgabe angelommener Güter geschieht bis 7 Uhr nachmittags. Das ist schon ein Erfolg, der nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Freilich, allein ist dieser Fortschritt nicht auf die Tätigkeit unserer Organisation zurückzuführen, denn die Eisenbahnverwaltung hat sich schon seit langer Zeit mit der Regelung dieser Frage beschäftigt, aber gut Ding will Weile haben, besonders bei unserer Staatsbahnverwaltung. Es ging alles seinen bürokratischen Gang weiter, und es bedurfte erst wiederholter kräftiger Aufmunterungen seitens unserer Organisation, um die Staatsmaschine in eine etwas lebhaftere Gangart zu versetzen. Schon vor etwa acht Jahren, als eine weitgehende Neuorganisation und Verbesserung der Güterbeförderung auf den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen eingeleitet wurde, erkannte man die Bedeutung des Annahmeschlusses. Sie wurde notwendig für die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit der Beförderung, obgleich damals der Frachtverkehr noch keinen derartigen Umfang hatte, wie es heute in beträchtlicher Ausdehnung der Weise der Fall ist. Immerhin hatte der Frachtverkehr im Jahre 1899 bereits einen riesigen Umfang angenommen, und man mußte alles anwenden, um das Ziel, die im Laufe des Tages der Eisenbahn übergebenen Güter möglichst noch vor Mitternacht ins Rollen zu bringen, zu erreichen. Doch nur einige Verwaltungen gingen durch Überlegung des Annahmeschlusses vor, in der richtigen Erkenntnis, nur dadurch eine geregelte Beförderung der angelieferten Güter herbeizuführen. Die Frage ruhte in den ersten Jahren noch dem pöblichen Nebenwege des Handels und der Industrie (1900, 1901) ganz. Erst durch den immer schneller steigenden Güterverkehr der letzten Jahre und durch die immer mehr hervorretende Zunahme der Unregelmäßigkeiten, gerade bei der Beförderung der Frachtladungen, wurde die Frage wieder akut. Nun ging man bei und flug an, den bösen Geist für Stück abzuschneiden. Wurden früher der letzten Güter um 8, 9 oder gar 10 Uhr abends (7 Uhr nachm. Schluss) übernommen, so geschah dies einstuft eine Stunde früher, um 7, 8 und 9 Uhr abends, immerhin ein Erfolg, ein Augenblickserfolg. Nach einiger Zeit war alles wieder beim alten, ja, die Überfüllung der Anfahrtsstraßen der Güterschuppen hatte sogar noch zugenommen. Nun suchte man sich seitens der Eisenbahn so zu helfen, daß man vereinzelt nach 6 Uhr nachm. nur solche Güter abnahm, die zu einer bestimmten früheren Stunde — etwa 5 Uhr — angefahren waren. Auch

dieses war nicht das richtige Mittel. Erst die Einführung des „reinen“ 6 Uhr Annahmeschlusses (Lufenschlusses) kann wirklich dauernde Abhilfe bringen. Vorläufig existiert dieser nur in einigen Großstädten. Im Bezirk der Königl. Eisenbahndirektion Berlin wird der 6 Uhr Annahme- und Abnahmeschluss vom 2. September d. J. ab allgemein und im vollkommenen Einverständnis mit der zuständigen Handelskammer und den von dieser befragten Interessenten eingeführt werden. Die sieben großen, im Innern Berlins gelegenen Güterbahnhöfe sind mit Rücksicht auf örtliche Besonderheiten einstuft ausgenommen worden. Gleiche oder ähnliche Regelung wird hert vorzuzüglich im Laufe des Jahres 1908 vorgenommen werden.

Es ist erklärlich, daß die angeblich bedrohten Interessenten des Handelsstandes gegen das Vorgehen „vom grünen Tisch“ heftig protestierten. Diesen Herren wäre es schon recht, wenn die Annahme für Frachtladungen bis in die späten Abendstunden dauerte, denn es gibt viele unter ihnen, die ihren Arbeitern keine Löhnerstunden bezahlen, und um sie ordentlich ausnutzen zu können, werden sie dann nach Petersabend noch nach den Güterbahnhöfen geschickt. Andere wieder setzen in der Verlegung des Annahmeschlusses von 7 auf 6 Uhr nachm. etwas Unmögliches, Unausführbares, wodurch der Handel zugrunde gerichtet und der ausländischen Konkurrenz ein Uebergewicht verliehen würde. Welche Unruhe werden erst erden, wenn anstatt des 6 Uhr Annahmeschlusses der 6 Uhr Lufenschluss durchgeführt wird!

Durch dieses Vorgehen wollen wir uns nicht belassen lassen, hinstellend auch die Eisenbahnverwaltung nicht, für die der 6 Uhr Lufenschluss in Gegenden mit lebhaftem Güterverkehr, wo Handel und Industrie entwickelt sind, besonders in größeren Städten, zu einer brennenden Frage wird, da die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit infolge des riesig zunehmenden Frachtverkehrs immer größere werden. Wie wickelt sich nun der Güterverkehr auf den Güterböden ab?

Grundsatz ist, die Güterbeförderung soll nicht nur schnell und gleichmäßig, sondern auch zuverlässig geschehen, d. h. Unregelmäßigkeiten jeder Art, ganz besonders Verschiebungen, dürfen nicht vorkommen. Das wird erzielt durch die zweckmäßige Zusammenfassung der Güter in Wagen, der Wagenabundgen einschließlich der Güterwagen in Gruppen und Züge. Die Krone des Ganzen bildet die einheitliche Gestaltung des Güterzugsfahrplanes, welches der Unterdien der Organisation der Güterbeförderung ist. Die Güterzugsfahrpläne müssen ebenso sicher ineinander greifen, wie die der Personenzüge, andernfalls entstehen große Störungen, die in dem großen bis auf die Minute geregelten Mechanismus des Eisenbahnbetriebes zu unabwehrbaren Folgen führen können. Sollen also die Abfahrtszeiten der Güterzüge innegehalten und die Anschlüsse erreicht werden, so müssen täglich zur selben Stunde die Verladearbeiten (ob Gütergut oder Wagenladungen) beendet und die Frachtpapiere fertig sein. Auch die Güterannahme muß folgerichtig täglich zur gleichen Stunde schließen, zu einer Stunde, die ausreichende Zeit zur ordentlichen Verladung der Güter und zur sorgfältigen Bearbeitung der Begleitpapiere übrig läßt. Diese Frist war nicht gegeben unter dem 7 Uhr Annahmeschluss, sie ist auch jetzt nicht gegeben, solange der Druck des Annahmeschlusses aller um 6 Uhr angefahrenen Güter im Wege steht, sondern kann nur durch einen

rechtzeitigen Annahme- und Abnahme- (Lufenschluss) Schluß gewonnen werden.

Was hat die Eisenbahnverwaltung nicht alles getan, um der Situation Herr zu werden! Zunächst hat sie ganz raffiniert ausgeklügelte Vorrichtungen auf den Güterböden eingeführt, von denen eins ein Hamburger Amtsrichter vor einigen Jahren erklärte, daß es gegen die guten Sitten und gegen die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches verstoße. Sodann hat die Verwaltung das Aufsichtspersonal vermehrt, besonders Arbeiter als Väter (Gleisaußseher) zur ständigen Nachprüfung der sachgemäßen Stapelung der Güter in den Wagen und der richtigen Verladung bestellt, die Annahmearbeiter durch Einrichtung sogen. Frachtbriefvorprüfungsstellen entlastet und ganz neuerdings zunächst versuchsweise Zelterschleppwagen zur Beschleunigung des Wiegengeschäfts beschafft. Alle diese Einrichtungen können aber nicht annähernd Schritt halten mit der Zunahme der Anlieferungen.

Eine besonders wichtige Begründung der Forderung des 6 Uhr Lufenschlusses bildet auch die Rücksicht auf das Beamten- und Arbeiterpersonal. Die Nacht gehört der Ruhe und Löhnerstunden werden die Arbeitskraft vorzeitig auf. Der späts Annahmeschluss und die zeitige Handhabung haben die Dienstbauer des Personals ungünstig beeinflusst. Eine Veränderung ist auch nach dieser Richtung hin dringend zu wünschen.

Die Schlussfolgerungen unserer Ausführungen sind das Ergebnis, daß die Eisenbahnverwaltung der Einführung des 6 Uhr Lufenschlusses dringend bedarf, von dieser Seite sind also keine großen Schwierigkeiten zu erwarten. Daraus folgt weiter, daß die Fuhrleute und Handelsarbeiter dort, wo der 6 Uhr Lufenschluss auf den Güterböden noch nicht existiert, denselben fordern, und zwar möglichst bald, denn diese Frage kann nur in der Zeit einer guten Konjunktur gelöst werden. Die Einführung des 6 Uhr Lufenschlusses wird auch das bewirken, daß die Güterbodenarbeiter von den Löhnerstunden befreit werden, wodurch die Eisenbahnverwaltung gezwungen würde, ihren Arbeitern höhere Grundlöhne zu zahlen, da die meisten Güterbodenarbeiter ihren täglichen Lohn durch eine übermäßig lange Arbeitszeit infolge der vielen Löhnerstunden verdienen müssen. Also: Her mit dem 6 Uhr Annahme- und Abnahme- (Lufenschluss) für Frachtladungen bei den Eisenbahnen!

## Deutschlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1907.

Die Besorgnisse, die man bei der Einführung des neuen Zolltarifs hinsichtlich der Zukunft unseres Außenhandels fast überall hegte, haben sich bisher zum Glück als unbegründet erwiesen. Die Ausdehnungskraft unserer Handelsbeziehungen zum Ausland hat sich als zu stark gezeigt gegenüber den Schranken, welche durch die neuen Tarife und Wertstränge vielerorten errichtet sind. Die Frage, wie sich unser Handel erst erweitern haben würde, wenn ihm nicht die Hemmnisse der neuen Handelspolitik in dem Weg gelegt werden wären, liegt nahe; sie läßt sich aber kaum beantworten und soll uns kurzzeitig die Freude daran, daß unser Außenhandel seinen Aufschwung unentwegt fortsetzt, nicht nehmen oder beeinträchtigen. Wie erheblich die Steigerung der deutschen Ein- und Ausfuhr gewesen ist, ergibt die nachstehende Tabelle, die den Außenhandel in Doppelgeninnern zu 100 kg. darstellt:



	Einfuhr		Ausfuhr	
	Juni	Januar bis Juni	Juni	Januar bis Juni
1907	62313715	297856421	35484207	214320215
1906	43517358	265941804	34925321	208734474
1905	44136687	252709701	31714456	185467292
1904	40788729	223034500	31154142	186039406
1903	41440615	217233354	30300561	183030005
1902	37303381	196007510	28531031	157889326
1901	40641894	207679165	27126485	150486637

Hiernach war im Juni v. J. die Einfuhr um 18,80 Millionen D., oder 42,2 pCt. und die Ausfuhr um 3,42 Millionen D., oder 9,8 pCt. größer als im Juni v. J. Im ersten Halbjahre hat die Einfuhr die vorjährige um 31,91 Millionen D. überstiegen, und die Ausfuhr war um 5,59 Millionen Doppelpentner größer. Zu berücksichtigen ist dabei noch, daß im Jahre 1906 die ersten beiden Monate einen ganz ungewöhnlich großen Warenumsatz aus Anlaß der bevorstehenden Zolltarifänderungen des neuen Tariffs gehabt haben. Ferner ist beim Vergleich mit den früheren Jahren zu beachten, daß seit dem 1. März 1906 leider einzelne Waren, wie Vieh, Felle, Wolle und Schamotte nicht mehr nach Gewicht, sondern nach Stck, Faß, Kisten, Flaschen usw. angegeben werden, die also ebenfalls noch den obigen Zahlen hinzugerechnet werden müßten und den Unterschied zu Gunsten der beiden letzten Jahre vergrößern würden.

Obige Zahlen zeigen, daß die Einfuhr dem Werte nach, nicht, wie wir unten sehen werden, dem Werte nach, im laufenden Jahre weit stärker gestiegen ist als die Ausfuhr. Es liegt dies daran, daß ein großer Teil der besonders ins Gewicht fallenden Rohmaterialien, wie Eisen, Holz, Steinkohlen, auch Baumwolle und andere Rohprodukte für die Textilindustrie wesentlich höhere Einfuhrziffern als im Vorjahre hatten. Auch die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte ist im letzten Halbjahre im Juni v. J. um allein 9,44 Millionen D., Erzeugnisse des Aders, Mehlens und Gartenbaues eingeführt gegen 6,04 Millionen im Juni v. J., darunter 2,76 (1906 0,94) Millionen D., Weizen, 0,69 (0,35) Millionen D., Roggen und 1,08 (0,36) Millionen D. Mais. Auch die Erzeugnisse der Forstwirtschaft, also insbesondere des Holzes, zeigen eine erhebliche Einfuhrsteigerung von 6,14 auf 7,99 Millionen D., die aber noch bei weitem überstiegen wird durch die der Erze, Schlacken und Alchen (11,73 gegen 6,50 Millionen D.) und der fossilen Brennstoffe (21,72 gegen 15,15 Millionen Doppelpentner).

Die Zunahme der Ausfuhr im Juni v. J. gegenüber dem Juni v. J. erstreckt sich auf fast alle wichtigsten Artikel; doch kommen für das Gewicht hauptsächlich die mineralischen und fossilen Kohstoffe mit einer Zunahme von 3,23 Millionen D. in Betracht. Die Eisenausfuhr zeigt im Juni eine Zunahme. Es ergeben sich folgende Ziffern in Tonnen zu 1000 Kg.:

	1907	1906	1905	1904	1903
Januar	258918	343995	219006	234065	303078
Februar	263977	384321	237701	204831	277070
März	279587	274239	271276	251273	321308
April	284360	213237	234258	255785	319761
Mai	277443	283063	286567	230111	318050
Juni	298208	284287	226807	239836	291534
1. Halbj.	1680494	1855127	1485935	1415901	1830801

Hiernach ist die Ausfuhr im ersten Halbjahre v. J. um rund 175 000 T. hinter der vorjährigen zurückgeblieben, doch erfüllt der Rückgang fast ausschließlich auf die ersten beiden Monate, die im vorigen Jahre eine sehr hohe Einfuhrziffer infolge des bevorstehenden Zolltarifänderungen hatten. An der Mehrausfuhr des Juni v. J. gegenüber dem Juni v. J. sind allein die Eisenabfälle mit 14 000

Tonnen (40 529 gegen 26 506 T.) beteiligt. Metallien allein hat im Juni 8815 T. und im ersten Halbjahre 47 806 T. Schienen entnommen. Auch die übrigen Metalle außer Eisen zeigen im Juni v. J. meist wesentlich höhere Ausfuhrziffern als im Juni v. J. Daselbst gibt von den Maschinen (270 222 gegen 203 057 D.), Glaswaren, Tonwaren, Papier- und Textilwaren aller Art. Zurückgegangen ist nur die Ausfuhr von Chemikalien (1,43 Millionen D. gegen 1,65 im Juni v. J.). Vergleiche für das ganze erste Halbjahr lassen sich hier nicht geben wegen der Änderungen des Zolltarifs und des statistischen Warenverzeichnis.

Dagegen liegen vergleichbare Wertangaben für das erste Halbjahr vor, soweit der gesamte Handel in Betracht kommt. Allerdings sind die Wertzahlen für 1907 noch auf Grund der für 1906 festgestellten Einheitswerte berechnet; ausgenommen sind nur Getreide, Mehl und einzelne andere amtlich nicht namhaft gemachte Werte, für die besonders ermittelte neue Werte benutzt sind. Nach den Berechnungen betrug der Wert des Warenverkehrs, abgesehen von den Edelmetallen, im ersten Halbjahre in Millionen Mark:

	Einfuhr	Ausfuhr
1907	4265,1	3311,0
1906	4033,0	2857,2
1905	3266,6	2589,3

Hiernach hat die Einfuhr, die im Jahre 1906 eine Zunahme um 766,4 Millionen M. erfahren hatte, im Jahre 1907 nur um 317,5 Millionen M. zugenommen, wogegen die Ausfuhr, die von 1905 zu 1906 um nur 232,1 Millionen M. gewachsen war, im Jahre 1907 die erhebliche Steigerung um 453,8 Millionen M. zeigt. Die Ausfuhr ist hiernach absolut und noch mehr relativ stärker gestiegen als die Einfuhr, was ungemein beachtenswert und erfreulich ist. Leider können wir nicht feststellen, wie sich diese Verschiebung der Mengen auf die einzelnen Werte verteilt, da vergleichbare Zahlen für das erste Halbjahr 1906 nicht vorliegen.

### Der Baumwollhandel.

Unter den großen Warengruppen, deren Einfuhr und Ausfuhr sich im laufenden Jahre recht günstig entwickelt haben, stehen Baumwolle und Baumwollwaren obenan. Für das erste Halbjahr stellen sich die insgesamt ein- und ausgeführten Mengen dieser Gruppen, verglichen mit den beiden Vorjahren, in Doppelpentnern folgendermaßen:

	1905	1906	1907
Einfuhr	2 614 595	2 509 906	3 366 856
Ausfuhr	646 743	637 253	726 221

Die Einfuhr des ersten Halbjahres 1907 steht also um 856 950 Doppelpentner höher als 1906 und um 752 261 D. höher als 1905, die Ausfuhr des ersten Halbjahres 1907 um 88 968 D. höher als 1906 und um 79 478 D. höher als 1905.

Diese starke Steigerung der Einfuhr und Ausfuhr ist in erster Linie eine Folge der vermehrten Rohstoffzufuhr im laufenden Jahre. Hatte das Jahr 1906 eine verhältnismäßig niedrige Einfuhrziffer der rohen Baumwolle zu verzeichnen gehabt, die hauptsächlich auf eine zeitweilige Zurückhaltung der Verbraucher zurückzuführen war, so ist der Ausfall durch raschere Zufuhren in den ersten Monaten des laufenden Jahres gedeckt worden; nahrungsmäßig ist damit auch die Wiederausfuhr von Rohbaumwolle gestiegen. Für rohe Baumwolle und Baumwollabfälle stellen sich nämlich die Ein- und Ausfuhrziffern in den betreffenden Beträumen folgendermaßen (in Doppelpentnern):

	1905	1906	1907
Einfuhr	2 481 709	2 360 978	3 153 225
Ausfuhr	354 727	332 012	396 160
Mehreinfuhr	2 126 982	2 028 966	2 757 065

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Mehreinfuhr, also die in den Verbrauch übergegangene Rohstoffmenge, im laufenden Jahre um 728 039 D. größer als 1906 und um 630 083 D. als 1905 gewesen ist.

Neben dieser Gestaltung der Rohstoffzufuhr hat aber auch der Verkehr von Baumwollgarnen und Baumwollwaren eine bemerkenswerte Entwicklung genommen.

Bei Baumwollgarnen tritt eine ganz unverkennbare starke Zunahme der Einfuhr hervor. Für sie betrug:

	1905	1906	1907
Einfuhr	98 877	105 077	164 811
Ausfuhr	56 871	56 516	60 935
Mehreinfuhr	42 016	48 561	103 876

Aus der Steigerung der Einfuhrziffer im Jahre 1907 läßt sich deutlich der Einfluß des neuen deutschen Zolltarifs wahrnehmen, der bekanntlich für die Baumwollgarnen in den größeren Nummern eine erhebliche Ermäßigung der Einfuhrzölle gebracht hat. Es scheint danach, als ob sich die bei diesen Zollherabsetzungen von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Beschränkungen immer mehr behaupten sollten. Ingesamt sind nach den obigen Ziffern 55 315 D., oder 114 pCt. mehr als 1906 und 61 860 D., oder 144 pCt. mehr Garn aus dem Auslande dem Verkehr zugeführt.

Eine weit erfreulichere Gestaltung hat der Außenhandel der Baumwollwaren genommen. Hier betrug im ersten Halbjahre:

	1905	1906	1907
Einfuhr	33 999	43 851	48 820
Ausfuhr	235 145	248 725	269 126
Mehrausfuhr	201 146	204 874	220 306

Hier tritt also eine bemerkenswerte Zunahme der Ausfuhr in die Erscheinung. Diese muß umso mehr beachtet werden, als die neuen Handelsverträge in vielen wesentlichen Absatzgebieten leistungsgünstig dazu beigetragen haben, den Absatz des deutschen Baumwoll-erzeugnisses zu erleichtern. Wenn trotzdem eine recht erhebliche Zunahme der Ausfuhr eingetreten ist, so läßt sich daraus erkennen, daß es die deutsche Baumwollindustrie verstanden hat, auch die schwierigen Verhältnisse Herr zu werden. Dabei muß noch in Rechnung gezogen werden, daß die obigen Zahlen für 1906 an und für sich schon außerordentlich hoch erschienen, weil in den Monaten Januar und Februar 1906 in Erwartung der neuen Handelsverträge außerordentlich große Mengen Ausfuhrware über die Grenze geschafft sind und daß ferner die für 1905 angegebene Zahl infolge veränderter statistischer Nachmessung gegenüber 1907 um etwa 10 000 Doppelpentner zu hoch sind; die Steigerung der Ausfuhr von 1905 und 1906 auf 1907, die nach obiger Berechnung 33 981 und 20 401 Doppelpentner beträgt, ist also in Wirklichkeit noch viel größer gewesen.

Wenn dem gegenüber auch eine Zunahme der Einfuhr ersichtlich ist, so ist zu berücksichtigen, daß diese Einfuhr zum größten Teile aus rohen Baumwollgarnen besteht, die zur Verrechnung zollfrei eingeführt werden, um sodann als fertige Ware wieder in das Ausland zurückzuführen.

### Abgewöhnen von Unzulänglichkeiten bei den Pferden.

In den für die Tiere selbst nachteiligsten Unzulänglichkeiten der Pferde gehören das Koppen, Strüpfeln oder Aufschneiden. Die meisten Pferde lieben es, das gefüllte Maul auf einen festen Gegenstand zu legen (Müssen), z. B. auf die Krippe (Strüpfelkrippe), oder auf die Wannen (Wannenbeizer), oder auf Mauer, Dacheis usw. Andere Pferde sehen nicht auf, aber schinden Lust. Zunächst führen sie das Koppen nur selten und unbedenklich aus; noch und nach erlangen sie aber darin hohe Fertigkeit und koppen dann fortwährend und mit Leidenschaft. Für den Besitzer mehrerer Pferde erwacht daraus die Gefahr, daß die benachbarten Pferde diese Unzulänglichkeiten nachahmen; außerdem tritt Störung der Verdauung bei Koppen ein, weil sich der Magen mit Luft füllt, und der Leib aufgeschwollen wird. So kann die gefährliche Lust aufkriechen, und überdies ist auch noch die vorzeitige Abnutzung der Schneidezähne in Betracht zu ziehen, durch welche die Tiere älter erscheinen, als sie sind.

Nun hat man einen sogenannten Kopf-Riemen verwendet, um diese Unzulänglichkeiten abzugewöhnen; allein der damit erzielte Erfolg ist belanglos und wird noch durch den Umstand vermindert, daß durch die Anlegung eines solchen Riemens der Mundraum wesentlich gestört wird. Besser hat sich eine von Vorderseits erfindene Vorrichtung zum Abgewöhnen des Koppen und Strüpfelens bewährt. Sie ist herant gebracht, daß sie sicher und für das Tier unschädlich wirkt. Sie enthält verbotensetzende Stäbe, welche nur dann in Wirksamkeit treten, wenn das Pferd die entsprechende Bewegung mit der Antreiberin will. Dann treten die Stäbe hervor und üben einen empfindlichen Widerstand aus, drängen aber keineswegs tief in die Haut ein. Die Vorrichtung ist durchaus nicht auffällig, sondern gleicht einem eleganten Halsriemen. Sie muß festlich herant angelegt

werden, daß das Tier beim Fressen nicht behindert wird; sie ist also an der Stelle des Kehltopfes maßig fest anzusetzen. Der unschädliche, aber empfindliche Stichelklop wird den Pferden bald ihre Unzulänglichkeiten abgewöhnen.

### Erblindung der Pferde.

Es ist eine auffällige Erscheinung, daß, während man beim Hindlich und anderen Hausdieren selten Erblindungen wahrnimmt, höchstens bei Hunden infolge hohen Alters, dies bei Pferden sehr häufig vorkommt. Häufig gibt man Leucht-, flüsternden Stäben die Schuld, obwohl es gewiß Pferde gibt, die stets in trockenen, klaren Ställen gehalten wurden und doch auf einem oder gar beiden Augen blind wurden. Ein blindes Pferd ist wenig wert, wenn es auch im schweren Juge vielleicht seinen Zweck erfüllt; etwas anderes ist es aber mit dem Preise derselben. Derlei, in dessen Weich das Pferd erblind geworden ist, hat verloren, so gut, als wenn man Geld auf der Straße verliert.

Bei blinden Pferden, welche nur im leichten Juge, d. h. zum Laufen verwendet werden, schaut es noch schlechter aus, besonders wenn das Pferd einspännig geht und, vielleicht gar auf beiden Augen blind ist. Da bedarf es ganz besonderer Aufmerksamkeit des Aussehens in der Haltung der Zügel.

Große Schuld an der Erblindung von Pferden tragen nun die Scheinleder oder Wenden. Zwar gibt es solche, unter denen das Auge des Pferdes nicht leidet; aber die meisten sind neu und wenig gebraucht, welche so konstruiert sind, daß sie in bestimmter Entfernung vom Auge des Pferdes abflachen und die Sehkraft des Pferdes nicht beeinträchtigen. Viele jedoch, und zumeist die alten, sind so geformt, daß sie bei fortwährendem Gebrauche die Sehkraft des Pferdes untergraben müssen. Denn nicht nur, daß man Pferde sieht, denen das Scheinleder so schlecht ausfällt, daß sie kaum wie aus einem Stoffe herauszusehen können, sieht man wieder andere,

welchen das Scheinleder nach am Auge anliegt und das Sehen behindert; auch sieht man solche, die während des Laufens des Pferdes fortwährend am das Auge herumschlagern oder in dieses hineinschlagen.

Derartige gesundheitsgefährliche Scheinlappen müssen ja endlich das Auge des Pferdes erkranken lassen.

Würde man einem Ochsen, der das ganze Jahr im Juge geht, alle verbotene, außer Form gekommene Scheinleder aufhängen, dann dürfte wohl nach Jahren ebenfalls die Erblindung die Folge sein, aber bis heute hat man noch wenig von blinden Ochsen gehört.

Warum sind nur die Quader allein zum Tragen der Scheinlappen verurteilt und nicht auch die Reitherde? — Schon dieser Umstand fordert zum Nachdenken auf.

Ebenfalls wird das Auge des Pferdes mehr geschont, wenn es freie Aussicht hat, als wenn es in schlecht konstruierte Scheinleder gezwungen wird! Reitherde sehen wenig an den Augen. Die allermeisten Reitherde, welche täglich Scheinlappen tragen, würden ohne sie kaum so sicher laufen und nicht scheuen. Der Schein ist in Berlin geteilt, wo seit dem Jahre 1905 keine der 7000 Pferde mehr mit Scheinlappen fahren darf, trotzdem der Verkehr dort durch die zahlreicheren und meist rücksichtslos schnell dahin und daher laufenden Automobile sehr gefährlich geworden ist.

Vor allem sollten die Pferdebesitzer ihre jungen Pferde schon ohne Scheinlappen einführen. Wenn ein Pferd von Jugend an daran gewöhnt ist, mit freiem Auge jeden Gegenstand von weitem wahrzunehmen, so wird es nicht scheuen. Bäre nötig, vom Pferde alle Einrückungen der Augenlider fernzuhalten, so müßte man ihn nicht nur die Augen verhängen, sondern auch die Ohren verstopfen; weil doch ein Scheinleder auch durch sprachhafte Geräusche erfolgen kann, wogegen die bloßen Augenlappen noch nicht schützen. Aber kein Mensch handelt so. Müßig sind auch die Augenblenden nur ein alter Trick. Nur in Ausnahmefällen kann man von ihrer Unentbehrlichkeit sprechen.



### Gaukonferenz für Thüringen und Hessen-Kassel.

Die Konferenz fand am Sonntag, den 28. Juli 07 im Gewerkschaftshaus „Liook“, Erfurt, statt. Es waren anwesend 27 Delegierte aus 25 Zahlstellen. Nicht vertreten waren Ehrlich, Schwab, Heiligenstadt, Jinnenu, Langensals, Wöhner und Salzingen. Der Hauptvorstand war durch den Kollegen Friedrich Himpel-Berlin, der Gauvorstand durch die Kollegen G. Knöner, R. Höpfer und Aug. Haub-Gesfurt vertreten.

Der Gauleiter Kollege Knöner eröffnete die Konferenz, er hieß die Delegierten im Namen des Gauvorstandes willkommen und sprach das Erwarten aus, daß jeder Teilnehmer bestrebt sein möchte, die Konferenz zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen zum Nutzen und Gebeten der Organisation im Gau VIII.

In das Bureau wurden die Kollegen G. Knöner, Erfurt und G. Müller-Gassel als Vorsitzende, O. Schreiber-Gassel und W. Abel-Gann-Wüdingen als Schriftführer gewählt.

Zur Tagesordnung stellt der Delegierte aus Rudolstadt den Antrag, als 5. Punkt den Tarifvertrag mit dem Gauvorstand deutscher Konsumvereine einzustellen. Der Gauvorstand beantragt, Punkt II und III zu verschmelzen. Ersterer Antrag wird abgelehnt, letzterer angenommen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erklärt Kollege Knöner das Wort. Unter kurzem Hinweis auf das 10jährige Bestehen unseres Zentralverbandes geht er auf die Arbeiten des letzten Verbandstages über. In eingehender Weise erklärt er alle gefassten Beschlüsse, im besonderen die einzelnen Abänderungen des Statuts, er weist darauf hin, daß bei Lohnbewegungen besonders genau nach dem Statut gehandelt werden muß inbezug auf Einsetzung der Fragebogen und sonstiges Material. Von einer Debatte über den 1. Punkt der Tagesordnung wird auf Vorschlag des Kollegen G. Müller-Gassel Abstand genommen, dieselbe soll mit der Debatte des 2. Punktes verbunden werden.

Kollege Knöner referiert auch zum 2. Punkt über: Der innere Ausbau der örtlichen Verwaltungen und die Regelung des Einfallserwerbs.

An der Hand einer Statistik weist er die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsteile nach. Er fährt aus, daß überall diejenigen Zahlstellen sich am besten entwickelten, in denen die Ortsverwaltungen Hand in Hand arbeiten. In vielen Verwaltungen läßt das Zusammenarbeiten der Ortsfunktionäre aber viel zu wünschen übrig. Dies müsse in Zukunft anders werden. Nur ein einheitliches Handeln kann der Organisation förderlich sein. Weiter bemängelt Kollege Knöner die Führung der Kassengeschäfte in vielen Zahlstellen, auch hier liegt noch vieles im Argen. So sei das Fehlen von Belegen über örtliche Ausgaben oft zu konstatieren usw. Auch da muß mehr Wert darauf gelegt werden, daß über jede Ausgabe genau Buch geführt wird. Die Kassenvorfälle sind der Kern der Organisation, und diese müssen unter allen Umständen stabil sein. Des weiteren müsse mehr versucht werden, die Mitglieder zu Verwaltungarbeiten heranzubilden. Der Verkehr der einzelnen Zahlstellen mit der Gauleitung sei ein zufriedenstellender, doch betont Kollege Knöner auch hier, bei Ausbruch irgend welcher Differenzen den Gauvorstand rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

Bezüglich Regelung des Einfallserwerbs wünscht Kollege Knöner die Einführung der Hilfsarbeiter mehr einheitlich zu gestalten und schlägt vor, Hilfsarbeiter 2 pSt., Ortsfunktionäre 2 pSt. und den Bevollmächtigten 1 pSt. zu gewähren. Es müsse ferner mehr Wert auf die Betriebsaufrechterhaltung gelegt werden, da in vielen Zahlstellen damit gute Erfolge erzielt wurden. Zum Schluß bemerkt Kollege Knöner, man könne mit der Entwicklung des Gau VIII zufrieden sein, doch bleibe noch ein gut Stück Arbeit zu leisten übrig, er ermahnt die Delegierten, in der Agitation nicht zu erlahmen. Gerade in unfernen Berufen herrsche noch die traurigsten Verhältnisse und ist es notwendig, daß jeder einzelne seine Schuldigkeit tut.

Es folgt hierauf die Diskussion.

Aufseher-Gera hält die Kritik der Zahlstelle Gera für nicht gerechtfertigt, da die Kassenvorfälle stabil sind und auch das Zusammenarbeiten der Ortsverwaltung ein gutes zu nennen sei. Im übrigen schlägt er sich den Ausführungen des Gauleiters an, auch er wünscht, daß die Agitation mehr einheitlich gestaltet würde, auch müsse der Betriebsaufrechterhaltung mehr Beachtung geschenkt werden.

Uhlig-Jena schlägt sich dem an.

Zeitig-Graber-Göttingen hält 7 pSt. als Entschädigung für Einfallserwerb für angebracht und beantragt, dies im ganzen Gau einheitlich zu gestalten.

Schöder-Zell bemängelt die Einführung der Streikfondsmaße, es wäre dafür eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche angebracht. Kollege Knöner verwirft auch die Wöchnerinnenuntersuchung.

Schulle-Apolda und Lammmerz-Gh-Rudolstadt schließen sich dem an, sie wünschen, daß die Gauleitung in den kleineren Zahlstellen mehr Agitation entfalten müsse, da besonders in Folge der Hausbindstoffe in Apolda die Agitation und Organisation eine schwierige ist. Schulle-Apolda kritisiert dann noch einige Vorfälle im Konsumverein Apolda, unter anderem wolle er sich der dortige Direktor, organisierte Leute einzustellen, er wünscht, daß hier Abhilfe geschaffen würde.

Himpel-Berlin findet es unerlässlich, daß beim beratigen Vorgänge sich in der Zahlstelle abspielen, seitens der Ortsverwaltung keine Werbung an den Gauleiter gemacht wird; er bittet, in Zukunft dies beachten zu wollen und die Gauleitung von allen Vorkommnissen innerhalb der Verwaltungen zu unterrichten.

Müller-Gassel wendet sich gegen Zahlung von 7 pSt. für Einfallserwerb, in Gassel werden schon lange 10 pSt. bezahlt und man könne jetzt bei Stützungen Erscheinens des „Courier“ keine Abzüge machen, auch er wünscht, daß die kleineren Zahlstellen durch die Gauleitung mehr bearbeitet würden.

Es beteiligen sich an der Diskussion noch: Damm-Meinungen, Bießer-Gera, Uhlig-Jena, Schulle-Apolda, Brückner-Eisenach, Geinlig-Gera und Westmann-Zeuchern. Alle Redner stimmen im allgemeinen den Ausführungen

des Gauleiters zu. Von einzelnen wird bei Verhinderung des Gauleiters eine Vertretung gewünscht.

In seinem Schlusswort betont Kollege Knöner, daß aus den Ausführungen fast aller Redner das Verlangen nach mehr Agitation herauslang; er gab noch verschiedene Fingerzeige, wie die fernere Agitation zu betreiben sei. Vor allem aber sei es notwendig, daß die Kollegen in den Zahlstellen sich selbst Kräfte heranzubilden müssen. Wenn zu jeder seine Schuldigkeit tue, dann würde der Gauleiter auch mehr entlastet und könnte den an ihn gestellten Anforderungen eher gerecht werden.

Neben den letzten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“ referierte der Vertreter des Gauvorstandes, Kollege Himpel-Berlin. In anbetrach der bereits sehr vorgerückten Zeit war Kollege Knöner, sein Referat wesentlich abzukürzen. Er gab zunächst einen Rückblick auf die frühere Stellung der Arbeiterklasse und kam dann auf die immer mächtvoller werdende Arbeiterbewegung der neueren Zeit zu sprechen. Er führte weiter aus: Wir leben in einer Zeit, in der die Klassengegensätze immer schärfere Formen annehmen und zum Klassenkampf drängen. Auf der einen Seite sehen wir die mit allen Machtmitteln ausgestattete Kapitalistenklasse, auf der anderen Seite das Proletariat unterdrückt, von der Hand in den Mund lebend. Das Bestreben der Kapitalisten ist ja, die in Händen habenden Machtmittel unerschütterlich zur Anwendung zu bringen. Das rasche Anwachsen unseres Zentralverbandes gab auch unseren Unternehmern zu denken, auch sie organisierten sich und sehen wie uns denn heute schon einer Unternehmerorganisation gegenüber, die wir unter allen Umständen beachten müssen. Es muß unsere Aufgabe sein, diesem isolierten Unternehmertum eine festgesetzte Organisation gegenüber zu stellen. Kollege Knöner weist an der Hand einer Statistik nach, daß die Streiks von Jahr zu Jahr zunehmen und auch immer schärfere Formen annehmen. Dem Unternehmertum ist jedes Mittel recht zur Unterdrückung der Arbeiter; verliert man doch Vorsperren nach dem A-B-C vorzunehmen. Da dadurch die Lage der Arbeiter eine immer schlechtere werden muß, ist die Organisation dringend notwendig; durch dieselbe ist es nur dem nichts als seine Arbeitskraft beschaffen möglich, diese möglichst teuer zu verkaufen. Kollege Knöner, bei Lohnbewegungen die größte Vorsicht walten zu lassen und die Chancen genau abzumessen, vor allem, daß bei Streiks die genügende Zahl Kollegen organisiert ist, um einen Streik erfolgreich durchzuführen zu können. Unter allen Umständen muß versucht werden, auf friedlichen Wegen mit dem Unternehmer zu verhandeln und den Streik erst in letzter Linie anzuwenden. Vorbedingung jeder Lohnbewegung ist Disziplin unter den Kollegen. Die Erziehung in der Organisation stärkt das Selbstvertrauen der Arbeiter. Mit einem Appell an die Delegierten, an dem Ausbau der Organisation kräftig mitzuarbeiten, schließt Kollege Knöner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Eine Diskussion fand nicht statt. Kollege Knöner schließt hierauf die Konferenz mit einem tröstlichen Schlusswort an die Delegierten.

### Körperverletzung durch einen Vorgesetzten kein Betriebsunfall.

Unsere Kollegen auf dem Lande klagen mit Recht darüber, daß die Arbeitszeit überaus lang, der Lohn dagegen äußerst gering ist. Weist herbst noch das „altbewährte“ Kost- und Logierwesen und findet auch da noch eine weitere Verwendungsleistung der Arbeiter statt. Auch die persönliche Freiheit leidet sehr darunter. Man gewährt wohl dem Arbeiter „freies Logie“, wozu sich aber, ihm einen Hans- und Tischhülfen zur Verfügung zu stellen. Es ist dies an sich eine Kleinigkeit, kann aber schwere Folgen haben, wo dies nachgehenden Fall deutlich zeigt.

Unser Verbandsmitglied Paul R. war als Fabrikarbeiter im Höchst a. M. beschäftigt. Er erhielt wohl freies Logie, jedoch keinen Schlüssel, um zu seinem „Schlafzimmer“ gelangen zu können. Kollege R. mußte deshalb, wie seine anderen Lebensgefährten, die Mauer übersteigen, die den Betrieb umgab, wenn die Mauer verschlossen war. In der Nacht vom 28. auf 29. August v. J. kam R. etwas später nach Hause und schloß sich an, die Mauer zu übersteigen, um in sein „Schlafgemach“ zu gelangen. Da tam der Verwalter des Betriebes gesprungen und hielt mit einer Wagnereingabe auf R. an, so daß ihm der linke Arm entzwei geschlagen wurde und nach monatelanger Behandlung vollständig verheilt ist.

Der Verwalter wurde für seine rohe Tat mit sechs Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung bestraft. Strafvollzug kam für ihn in Betracht, daß er „benötigt“ gewesen sei, Ausschreitungen vor Mächte zu verbieten, die am Sonntag vorher betrunken nach Hause gekommen waren.“

Kollege R. war aber gar nicht unter diesen „Mächten“ gewesen, mochte bloß in sein Logie gehen als er über das Tor kletterte. Da der Verwalter ohne Verlangen war, stellte Kollege R. bei der Polizei-Massnahmen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung einer Unfallrente, da die Verletzung im Betriebe der Firma passiert sei.

Die Berufsgenossenschaft erklärte jedoch, daß kein Betriebsunfall, sondern eine Mißhandlung vorliege.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden gab der Berufsgenossenschaft Recht. Der Verletzte ist, als er von dem Verwalter mißhandelt worden sei, weder im landwirtschaftlichen Betriebe tätig gewesen, noch kam er von einer landwirtschaftlichen Betriebsstätte. — Auch ist der Streit zwischen dem Verletzten und dem Verwalter nicht auf eine landwirtschaftliche Betriebsstätte zurückzuführen. Wenn gleich auch der Streit sich auf der landwirtschaftlichen Betriebsstätte abgespielt hätte und die Mißhandlung durch ein landwirtschaftliches Gerüst erfolgt ist, so genügt dies doch nicht allein, um einen landwirtschaftlichen Betriebsunfall vorliegend anzuerkennen. Ebenso wenig fällt ins Gewicht, daß der Verwalter der Vorgesetzte des Verletzten war, denn als solcher war derselbe nicht betraut, in ländlicher Weise den Kläger zurechtzuweisen. Die Mißhandlung ist

daher nicht als der berechnigte Anstoß der Unfallsfähigkeit des Verletzten zu erachten.“

Auch das Reichs-Versicherungsamt verneinte den Betriebsunfall und schloß sich dem Urteile des Schiedsgerichts an und erklärte: „Sörperverletzungen, die einem Arbeiter vorlässlich beigebracht werden, stellen sich nicht schon deshalb als Betriebsunfälle dar, weil sie sich auf der Betriebsstätte ereignen, und zwar selbst dann nicht, wenn die Verletzung mittels eines dem Betriebe dienenden Gegenstandes erfolgt. Es haben nicht „im Betriebe“ liegende Gründe, sondern eigenwirtschaftliche den Streik herbeigeführt, ebensowenig ist der Unfall durch eine Gefährdung des Betriebes entstanden.“

Daß unsere Kollegen dieses Urteil nicht begreifen können, ist klar. Der Arbeiter muß also abends über das verschlossene Tor klettern, weil er keinen Schlüssel erhalten konnte, der „prinzipiell“ in Betrieben keinem „Recht“ ausgedehnt wird, um in sein „Logie“, ein Teil seines Lohnes, zu gelangen. Er wird dabei von seinem Vorgesetzten zum Krüppel geschlagen, kann aber trotzdem keine Kräfte erhalten, weil der Streik nicht durch „im Betriebe liegende Gründe“ verursacht worden ist. Ja unsere „berühmte“ Unfallgesetzgebung ist sehr „klar“, „einfach“ und „nützlich“, Unfallrente erhält man aber nicht!

### Die Christen über die Christen.

Zwischen den christlichen Verbänden der Hilfs- und Erbsnotarbeiter und der Metallarbeiter sind heftige Grenzstreitigkeiten entstanden. Die beiden Organisationen bombardieren sich gegenseitig in ihren Zeitungen mit den ausgesuchtesten Liebeswärtigkeiten, wobei man recht interessante Einzelheiten aus dem christlichen Gewerkschaftsleben erfährt. Der Hilfsarbeiterverband wirft der christlichen Metallarbeiterorganisation unter anderem vor, sie habe einer Ortsgruppe gestattet, einen niedrigeren Beitrag zu erheben, und die Mitgliedschaft in Gemerlich bestimme nur aus Düngearbeiten.

Als Antwort darauf entrollt das christliche Metallarbeiterorgan (Nr. 80 vom 27. Juli 1907) ein sehr hübsches Sündenregister des christlichen Hilfsarbeiterverbandes. Dieser sei im vergangenen Herbst in Deuze in Lothringen mit 500 Salmenarbeitern in den Streik getreten, die er dann „tätlich im Stich gelassen“ habe. Eine „ebenso lässliche Rolle“ habe der Hilfsarbeiterverband bei den Papierarbeitern in Berg-Blabach gespielt, die er „auch in den Kampf führte und wegen Mangel an Mitteln ebenfalls im Stich gelassen hat“. Die Hilfsarbeiterorganisation treibe Schmutzkonturen, sie sei ein Verband, der fortwährend verjagt und dann doch die ganze Welt zusammenorganisieren will (natürlich nur solange es nichts kostet!).

In Nummer 162 des Zentrumsblattes „Neuntöchter Zeitung“ ist über den Streit der W-Gladbacher (christliche Gewerkschaften) und der Berliner (Gadabacher) zu lesen:

Während die christlichen Gewerkschaftsredner des Sonntags über Land gehen und der katholischen Arbeiterorganisation das Todesurteil fällen, gehen Vertreter der letzteren in die Orte der christlichen Gewerkschaften, und bewegen mandmal ganze Zahlstellen der „Christlichen“ zum Uebertritt in die katholische Organisation. Was für die christlichen Gewerkschaftsführer am schwerlichsten ist, ist die Tatsache, daß die abgetrennten Gewerkschaften nicht nur dem katholischen Arbeiterverein beitreten, sondern auch den beruflichen Fachabteilungen. Wegen der Ursache dieses Abfalles braucht man sich wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen. Die Ursache liegt (wie ehemalige christliche Gewerkschaftler dem Schreiber dieses wiederholt mitgeteilt haben) einfach darin, daß die Arbeiter sich in den Organisationen über die Leistungen und Tätigkeit dieser Organisation gründlich getäuscht haben. Diese Enttäuschung ist zu begreifen, wenn man auf die Tätigkeit der „Christlichen“ während ihres Bestehens im Saarrevier zurückblickt; man braucht sich nur an das arbeiterfeindliche Treiben christlicher Gewerkschaftsführer bei der letzten Reichstagswahl zu erinnern. Diese Tatsachen zu verschleiern, blieb den „Christlichen“ nun kein anderes Mittel mehr, als daß man die katholische Arbeiterbewegung einfach „tot zu schreyen“ sieht. Durch Flugblätter und Zeitungsartikel werden Führer und Mitglieder der katholischen Organisation verleumdet und verächtlich. Tatsachen werden rundweg auf den Kopf gestellt. Da der Kampf gegen die katholische Arbeiterschaft, sachlich geführt, auf die Dauer erfolglos ist, so müssen die Führer derselben in unqualifizierbarer Weise persönlich angegriffen werden.“

Liebet die Wahrheit, die Tochter Gottes!

### Die Sonntagruhe im bayerischen Handelsgewerbe.

Auf dem bayerischen Gault des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen gab der Vorliegende des Kreisvereins Münden das Ergebnis einer Erhebung über die Sonntagarbeit im Handelsgewerbe bekannt, aus der die Verletzung in dieser Angelegenheit klar hervorleuchtet. Schon in den einzelnen Orten ist die Einteilung der Rubricen je nach den Sommer- und Wintermonaten eine recht verschiedene. Manche Städte haben die gesetzlich zulässige Arbeitszeit von fünf Stunden für alle Handelsgeschäfte voll aus. Andere Gemeinden begnügen sich mit einer drei- oder vierstündigen Arbeit, es wird die Arbeitszeit zerissen in Vormittags- und Nachmittagsarbeit, für einen Teil der Geschäfte ist völlige Sonntagruhe eingeführt, kurz eine Dreieckigenartigkeit, daß sich in der Regel kein Mensch auskennt.

In Münden sind die Geschäfte (mit Ausnahme des Bedürfnisgewerbes) vom 1. Januar bis 31. August geschlossen, vom 1. September bis 31. Dezember nur während der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. In Basing sind die Geschäfte offen von 7 bis 8 Uhr und von 10 bis 3 Uhr bzw. 4 Uhr; in Freising 7 bis 8 Uhr und 10 bis 4 Uhr; Weilmünster-Dießen 6 bis 8 Uhr und halb 10 bis 4 Uhr; Ingolstadt, Riedbach und Traunstein 7 bis 8 Uhr und 10 bis 4 Uhr; Rosenheim 7 bis 8 Uhr und



0 1/2 bis 1 1/2 Uhr; Landshut 7 bis 8 Uhr und 10 bis 12 Uhr; Pössa 10 bis 8 Uhr; Straubing und Neudorf b. G. 7 bis 8 Uhr und 10 bis 12 Uhr; Augsburg vom 15. Juni bis 15. September von 10 bis 12 Uhr, sonst 10 bis 11 Uhr; Kempten, Kaufbeuren und Memmingen von 10 bis 8 Uhr; Memmingen 10 bis 12 Uhr; Amberg 7 bis 8 Uhr und halb 11 bis 3 Uhr; Schwandorf 7 bis 8 Uhr und 10 bis 3 Uhr; Dargreuth halb 11 bis 2 Uhr; Bamberg 11 bis 2 Uhr; Hof 11 bis halb 3 Uhr; Widenfels 11 bis 8 Uhr; Regau 11 bis 3 Uhr; Schwarzenbach a. d. S. 8 bis 9 Uhr und 11 bis 3 Uhr; Selb hat völlige Sonntagsruhe, ebenso Nürnberg, Webstuhlsgewerbe hat von 11 bis 3 Uhr offen; in Fürth sind die Geschäfte offen von halb 11 bis 4 Uhr; in Erlangen im Sommer 7 bis 9 Uhr und halb 11 bis halb 2 Uhr, im Winter halb 8 bis halb 10 Uhr und 11 bis 2 Uhr; Vinsbach 10 bis 8 Uhr (Spezerei außerdem 6 bis 8 Uhr abends); Rothenburg 11 bis 4 Uhr (Spezerei bis 7 Uhr abends); Rüggingen und Schweinfurt 11 bis 4 Uhr; Würzburg 7 bis 9 Uhr und 11 bis 1 Uhr.

Die Wirkung des mit der Sonntagsruhe beabsichtigten Schutzes der Angestellten geht bei einer derartigen „Ordnung“ nahezu völlig verloren. Das ist schon mehr als ein Arbeitererkenntnis. Die vorstehende Erhebung betrifft die Ladengeschäfte, in Kontoren sind die Verhältnisse ebenfalls sehr verschieden. Die Kontore sind geschlossen in München während der ersten acht Monate, in Schwarzenbach a. d. S., Selb, Nürnberg und Rothenburg während des ganzen Jahres; in Schweinfurt sind sie teilweise geschlossen; in Bamberg sind nur die Fabrik- und Bankkontore geschlossen; in Erlangen ist ein Journealdienst eingeführt; in 20 Städten sind die Kontore von 10 bis 12 Uhr geöffnet, in Kaufbeuren von 10 bis halb 1 Uhr; in Hof von 8 bis 9 Uhr und 11 bis 12 Uhr; in Fürth von halb 11 bis 12 Uhr; in Würzburg von 11 bis 1 Uhr; in Rüggingen von 11 bis 4 Uhr. Von 4 Uhr an beginnt also in Rüggingen die „Sonntagsruhe“.

Diesem Durcheinander kann nur durch eine reichsgerichtliche Regelung ein Ende gemacht werden. Die dritte Regelung hat völlig versagt, es kann von einer Sonntagsruhe überhaupt nicht gesprochen werden, im günstigsten Fall von einer Regelung der Sonntagsarbeit. Geradezu drohende Mittel werden einzelne Gemeinden an, um der Verletzung der Ruhezeit entgegenzutreten. In Berlin ließ die Stadtverwaltung bei den Vertretern der Kirchengemeinde anfragen, ob sie nicht den Beginn des Gottesdienstes von 10 auf 11 Uhr verlegen würden, damit die Verkaufszeit morgens bis 11 Uhr gestärkt, nachmittags aber verboden werden könne. Es sind hieraus von 52 protestantischen und 10 katholischen Kirchen Antworten beim Magistrat eingegangen. Von den protestantischen Kirchen waren 3 geneigt, den Gottesdienst eventuell von 11 bis 1 Uhr abzuhalten. Andere Kirchengemeinden gaben dieselbe Erklärung ab, machten aber zur Bedingung, daß die Läden eine halbe Stunde vor Beginn des Gottesdienstes geschlossen werden müßten, damit die Handlungsgeschäfte, welche die Kirche besuchen wollen, sich umtun können. Die meisten Kirchengemeinden verhielten sich überhaupt ablehnend. Die Mehrzahl der protestantischen, sowie sämtliche katholischen Kirchen betrachteten die Sonntagsruhe eben nur vom Gesichtspunkt des Kirchenbesuches. Hätte es denn aber nicht viel näher gelegen, die Läden überhaupt von 10 Uhr ab zu schließen. Bis um diese Zeit kann man am Sonntag auch in einer Millionenstadt seine Bedürfnisse decken und mannsfähige Arbeiter erledigen. Wir sind keine Vertreter des englischen Sonntags, aber es muß bei der Hartnäckigkeit, mit welcher man in Deutschland an der Sonntagsarbeit festhält, doch darauf hingewiesen werden, daß in England die Sonntagsarbeit ungleich mehr eingeschränkt ist als bei uns.

**Neue christliche Streikbrecherlisten.**

Das Magazin ist zurzeit der Schauplatz einer großen Arbeiterbewegung. In Kempten, Kaufbeuren und Memmingen sind die Salzer, b. h. die Käse- und Käsefabrikarbeiter in Streik getreten. In Memmingen kommt die christliche Organisation nicht in Betracht; in Kaufbeuren hatte der christliche Verband ankündigend die Forderung übernommen, die der freien Gewerkschaft angehörigen Arbeiter (Schlosser) sich sofort dem Streik an und man trat gemeinsam in den Ausstand. In Kempten aber ist die Mehrzahl der Salzer in der freien Gewerkschaft, im Deutschen Transportarbeiter-Verband, organisiert. Als hier der Streik erklärt wurde, schlossen sich die Christlichen nicht an. Ja, im „Neuen Münchener Tagblatt“, Nr. 215 vom 3. August 1907, wurden sogar in einem großen Aufsatz Streikbrecher für Kempten gesucht. Als die „M. Post“ auf dieses merkwürdige Gebahren, daß die Christlichen an einem Orte selbst streiken, für den benachbarten Ort, an dem aus gleichem Grunde die Arbeit eingestellt ist, aber Streikbrecher suchen, aufmerksam machte, da schriebe das „M. W. Tagblatt“, Nr. 217 vom 5. 8. 1907, wie ein Hochrath, sprach von dümmere Mäße, schamloser Heuchelei usw. und erklärte, daß die Redaktion von dem Material, durch das Streikbrecher gesucht wurden, keine Kenntnis habe. Nicht die Redaktion, sondern die Administration des „M. W. Tagblatt“ habe das Material aufgenommen. Und zugleich veröffentlichte das „M. W. Tagblatt“ eine Nichtigkeitsklärung, in der gesagt wird, die „Münchener Post“ habe wieder einmal dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband etwas anhängen wollen; in Kempten sei aber die christliche Organisation der Käse- und Käsefabrikarbeiter in keine Tarifbewegung eingetreten, weil sie in bezug auf die Zahl der Mitglieder keinen Einfluß auf den Gang der Bewegung ausüben konnte; die Münchener Zentralleitung habe aber auf Grund der Macht der „Münchener Post“ den Bezirksleiter Hammermeister sofort nach Kempten beordert, mit dem Auftrag, wenn Mitglieder des christlichen Verbandes in Frage kommen, diese zu instruieren, sich dem Streik anzuschließen. Hiermit, heißt es im „M. W. Tagblatt“, ist das Gebahren der „Münchener Post“ widerlegt. Der Hammermeister ging also, auf Order der Zentralleitung, nach Kempten. In Kaufbeuren noch

erarrte er in der von beiden Organisationen einberufenen Versammlung als Diskussionsredner das Wort, sprach von der Verechtigung des Streiks und davon, daß er beauftragt sei, in Kempten die Christlich-Organisierten zu veranlassen, sich dem Streik anzuschließen. Bemerkte sich hier, daß die von den Christlichen in Kaufbeuren eingereichte Forderung im Lohnsatz um 1 Mark höher ist, wie die in Kempten von der freien Gewerkschaft eingereichte Forderung. Was Herr Hammermeister dann in Kempten tat, entzieht sich unserer Kenntnis, wir wissen nur, daß in den Kemptener Blättern folgende Erklärung veröffentlicht wurde:

„Um allen Gerüchten und irrigen Ansichten die Spitze zu brechen, diene der Öffentlichkeit folgendes: Die christlich organisierten Arbeiter dieser Branche gingen infolge der Feilsch von Seite der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften gegen sie in Szene gegeliebene heftigen Angriffe und Schikanen aller Art, die bis in die letzten Wochen noch fortbauerten, bereits vor drei Monaten dazu über, mit dem Arbeitgeberverband in Unterhandlungen zu treten, die auch zu einem für beide Teile vollständigen Tarifabschlusse führten. Die christliche Arbeiterchaft ist sich betruht, daß sie sich eines weit größeren Vergehens schuldig machen würde, wenn sie den Tarifvertrag brechen und in der ganzen deutschen Arbeiterwelt als Tarifbrecher (s. den Kohlenarbeiterstreik in München) hingerichtet würde. Infolgedessen macht auch die christliche Arbeiterchaft entgegen dem sozialdemokratischen Parteigebahren Vorwürfen keine Streikbrecherdienste, sondern hat laut Tarif ihr gutes Recht zu arbeiten. Wenn nun die Vorstandschäft des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes ihre Kollegen aufmuntert, dem Tarife treu zu bleiben, so ist das ihr Recht und ihre Pflicht, und nebenbei bemerkt, kenni sie die Verhältnisse vielleicht nur zu gut, als daß sie sich ernstlichen könnte, durch sanftmütige Streikwut vielfach Tüdenbe von Familien ins Unglück, in Not und Elend zu führen. Unser Prinzip ist und bleibt: Der Streit ist das Letzte, das uns am weitesten entfernt liegende Mittel, das wir nicht wie einen Krebsbissen lästiglich herporziehen, besonders dann nicht, wenn wir von vornherein den Ausgang bereits übersehen können und wenn wir die so notwendige öffentliche Meinung nicht auf Seite der Arbeiterchaft wissen. Dies zur Aufklärung! Die Vorstandschäft des christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verbandes, J. Hoffmann Kempten.“

In München erklärt man also, daß die christliche Organisation in Kempten in keine Tarifbewegung eingetreten ist, da die Zahl der Mitglieder keinen Einfluß auf die Bewegung ausüben konnte; in Kempten erklärt man, daß die christlich organisierten Arbeiter bereits vor drei Monaten mit dem Arbeitgeberverband in Unterhandlungen getreten sind, die auch zu einem für beide Teile vollständigen Tarifabschlusse führten. Kann man sich etwas Charakteristischeres denken, als ein solches Gebahren?

Man weiß, daß der Tarif der freien Gewerkschaft am 1. August abläuft, man verhandelt daher rechtzeitig mit den Arbeitgebern, schließt einen Tarif ab und fällt dann den sich in der überwiegenen Mehrzahl befindlichen Arbeiterkollegen der freien Gewerkschaft als Streikbrecher in den Rücken und gefährdet deren Lohnbewegung. Und nachdem die Münchener „Post“ dieser Sorte von Arbeiterführern die Maske gelüftet hat, heißt man die Impertinenz zu erklären: Die Zentralleitung wußte von nichts, aber jetzt, nachdem man durch die „Münchener Post“ aufmerkiam gemacht wurde, wurde Herr Hammermeister beordert, unsere christlichen Mitglieder zu instruieren, sich dem Streik anzuschließen. Der Anstoß an den Streik erfolgt aber nicht, die Christlichen brechen den Streik und die Vorstandschäft des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes — J. Hoffmann Kempten — „beweist“ so gar, daß die Christlichen in Kempten ein gutes Recht haben, zu arbeiten, daß es ihre Pflicht ist, Streikbrecherarbeit zu machen. In München erklärt der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband, daß die Christlichen in Kempten um Anstoß an den Streik veranlaßt werden in München erklärt der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband, daß es sehr Recht und seine Pflicht sei, die Mitglieder zu ermuntern, weiter zu arbeiten. In Kaufbeuren erklärt der christliche Bezirksleiter, daß der Salzerstreik berechtigt ist, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen werden darf, als bis jeder Arbeiter wieder an seinem Platze steht, in Kempten aber spricht man von sanftmütiger Streikwut, durch die vielfach Tüdenbe von Familien ins Unglück, in Not und Elend geführt werden. In Kaufbeuren treten die Mitglieder der freien Gewerkschaft sofort in Streik, als die christlichen Arbeiter die Arbeit niederlegen; sie unterziehen die christlichen Kollegen, damit der Streit nicht verloren geht, damit nicht Familien in Unruhe und Not geraten. In Kempten aber machen dieselben Christlichen in ganz der gleichen Sache Streikbrecher. Zum Glück handelt es sich in Kempten nur um circa 15 Christliche; aber immerhin bilden sie eine große Gefahr. Die Christlichen in Kempten erklären ferner, daß die öffentliche Meinung nicht auf Seite der Arbeiterchaft steht; sie stellen dabei ihr eigenes Organ, die ultramontane „Münchener Zeitung“, Lügen, die die Forderung der Käsefabrikarbeiter als bestehende bezeichnet.

Wir fragen: Gibt es etwas Erdämlicheres, als das Verhalten dieses kirchlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes? Lassen die christlichen Arbeiter wirklich Einverständnis mit sich treiben? Zur Ehre der christlichen Arbeiter müssen wir besonders hervorheben, daß von den in Kaufbeuren stehenden Christlichen infolge dieses Doppelspiels ihrer Organisation ein größerer Teil zur freien Gewerkschaft übergetreten ist. Ein ehrlicher Arbeiter kann sich auch eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen.

Der Fall in Kempten ist typisch; er unterscheidet sich von anderen Fällen nur dadurch, daß die Christlichen außerordentlich dumm gelogen haben und daß man ihre Lügen durch ihre eigene Presse sofort unfehlbar feststellen kann. Die Absicht der christlichen Organisationen — besonders in Bayern — scheint allgemein die zu sein, durch ein gewisses Schmutzsystem ihren Organisationsstand das Dasein zu fristen und den Führern Verschönerung zu verschaffen. Den freien Gewerkschaften die Mitglieder abzureißen, das vermag man nicht; aber hier und da gelingt es, die freien Gewerkschaften bei einem Tarifabschlusse zu hintergehen. Man laßt auf den Moment, wenn der Tarif der freien Gewerkschaft abläuft. Einige Zeit vorher macht sich dann der christliche Führer auf den Boden und schnort bei den Arbeitgeberern über ihren Verbands- und die von ihnen billigeren Tarifabschlusse an. Gelingt der Abschlusse, so werden billige Kräfte durch Inzerate vom Lande herangezogen. Sprellt sind bei solchem Vorgehen die Arbeiter, die wenn sie offen und gemeinsam vorgegangen wären, leicht die verlässliche und erhebliche Besserung ihrer Lage erreichen könnten. Was die christlichen Führer treiben, ist Arbeiterberrat, und es bleibt Arbeiterberrat, da mögen sich die Herren drehen und wenden und lügen, wie sie wollen. Der Fall in Kempten ist ein sprechendes Beispiel dafür.

**Die Gelben als Demuzianten.**

Man sollte es kaum für möglich halten, daß es in der neugegründeten Berliner Vereinigung für Kriecherei und Knechtlichkeit noch Leute gibt, die als ihre vornehmste Aufgabe es betrachten, Berufsgenossen zu demuzieren. Anstatt als erstes Bestreben die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hausdiener und Paster verbessern zu helfen, bemühen sich diese Nachkommen bei jeder Gelegenheit die Hilfe der Polizei anzurufen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen angeßlich zwei unserer Mitglieder aus Versehen ein Restlamppapier-Blat, im Werte von ca. 80 Pf., aus einer Restauration in der Wolfstraße, mitgenommen haben. Daß es sich um einen Diebstahl, wie jene famose gelbe Herren sich ausmalen, nicht handeln kann, geht schon am besten daraus hervor, daß man dem Inhaber erklärte, die alten Schilder würden von uns eingelesen und durch neue ersetzt, in wenigen Tagen bekäme derselbe ein anderes dafür. Der Vorstand der Gelben aus der Niederwallstraße hatte aber nichts eiligeres zu tun, als die vermutlichen großen Uebelthäter dem Staatsanwalt zu übergeben und diesen zu bitten, strafrechtlich gegen die Betroffenen vorzugehen. Was man kaum für möglich hielt, traf denn auch ein. Tarifschlicht ist im Falle wegen Diebstahl erhoben worden. Unsere fonderbare Rechtsprechung gegen Arbeiter, namentlich aber wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, wird sogar velleicht dafür sorgen, daß unehrliche Männer wegen eines Vergehens die Bekanntheit mit den schwachen Gewerkschaften machen werden. Das Freudengefühl der Arbeitgeberverwalter, welche mit Hilfe der Polizei die Bestrafung eifrig betreiben, können wir uns vorstellen. Man wird dieses Vorkommnis als besonders verdienstvolles Tat von Seiten der Gelben feierlich feiern. Viel mehr kann man auch von dem Vorstehenden der Vereinigung, der vom Kriegerverein lange Jahre als Mitglied angehört, wahrlich nicht verlangen, denn dieser Mann schmückt auch seine Wohnung mit Photographien der Berliner Kirchen. Für die Gelben als Leiter ihrer Vereinigung ist er wie geschaffen, trotzdem hat man die Streik, zu besapnen, ebenfalls eine Kampforanisation zu sein, welcher Yet jedoch, geht schon am besten daraus hervor, daß bei einer beachtlichen Lohnbewegung, welche der Verein Berliner Hausdiener mit den Berufsgenossen des Betriebes, wo der geschickte Mann beschäftigt ist, vornehmen wollte, dieser seinen Mitarbeitern erklärte, sich mit 21 Mk. Lohn die Woche zu begnügen, denn für 50 Pf. gebe es in der Kneipe Mittagbrod genau noch so, wie in früheren Jahren.

Wie die Herren aber auch bei anderen Gelegenheiten gleich mit dem Staatsanwalt zur Hand sind, geht am besten daraus hervor, daß man einem Mitglied der Gelben kurzerhand erklärte, wenn der Betreffende nicht angebe, woher er die Mitteilungen hat, welche derselbe in der Versammlung machte, man ihn zur Anzeige bringen würde. Aber nicht bloß, daß Vorstandsmitglieder sich überleben drauf los zu demuzieren, nein, die anderen funktionäre der Vereinigung sind zum Teil nicht besser; so schreibt man uns, daß ein Wortort-Bezirksführer sich gar nicht scheute, einen Streikposten während der großen Holzarbeiter-Aussperrung ebenfalls wegen angeblicher Verletzung von Arbeitsregeln und Bestrafung u. s. w. feststellen zu lassen. Der Fall ist charakteristisch genug, um augenlagig zu werden; es handelt sich um nichts weiter, als daß der Ungehörige den Hausdiener darauf aufmerksam machte, daß seine Tätigkeit an der Maschine, noch dazu während des Kampfes ein Unrecht und mit seinen sonstigen Arbeiten als Vater nicht in Einklang zu bringen sei, dies unumkehr, als er doch ebenfalls organisiert und noch dazu einen gewissen Vertrauensposten bei seiner Gewerkschaft bekleide. Der den Arbeitern in den Rücken fallende Anstöße glaubte aber die Interessen seines Arbeitgeberers während des Kampfes doppelt vertreten zu müssen, er fühlte sich belästigt und erlittete Anzeige. Für unsere liebe Polizei war das ja eine Angelegenheit, auf die sie ja nur wartet, der große Uebelthäter wurde angeklagt und muß sich um wegen der „vielen“ Verlöbte vor Gericht verantworten. Wie das Urteil ausfallen wird, können wir uns in voraus denken. Was ist aber der Vorstand der Gelben, welcher seitens der Holzarbeiter auf die solche Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde: rein garrnisch. Der Herr Bezirksführer wurde zwar erst auf das energische Betreiben des Vertrauensmanns der Holzarbeiter zur Vorstandssitzung geladen, erschien jedoch nicht, da er wußte, daß seine Handlung von jedem ehrlich denkenden Arbeiter als chlos bezichtigt werden muß. Der „verehrliche“ Vorstand glaubt natürlich seine Schuldigkeit in der Angelegenheit getan zu haben; ob alle Mitglieder der Vereinigung so denken, wagen wir billigerweise zu bezweifeln.







selben organisiert hatten, wurde beschlossen, den Unternehmern den Wunsch zu unterbreiten, die niedrigen Löhne um einige Mark zu erhöhen. Die Ellenburger Kollegen waren der Ansicht, daß Arbeiter nur zu wünschen brauchen, um die Erfahrung hat sie etwas anderes gelehrt. Auf die Schreiben, in welchen wir den Unternehmern die Wünsche der Kollegen mitteilten, erhielten wir überhaupt keine Antwort, auch den Kollegen gegenüber verhielten sich die Unternehmer so, als wenn gar nichts passiert wäre. Auf ein weiteres Rundschreiben meldeten sich einige kleine Unternehmer mit unweissentlichen Ausreden. Stimmt wie die Fische blieben die Mühlenbesitzer und die Inhaber der Spektionsgeschäfte, und die Angelegenheit wäre vor der Hand für uns erledigt gewesen, wenn nicht die Verwaltung der Schloß- und Neumühle gerade zur selben Zeit wegen Lohnunterschieden zwei Müllere gemahregelt hätte. Der Mühlenarbeiterverband verlangte von obiger Verwaltung die Zurücknahme der Maßregelungen, und eine Regulierung der Löhne, diesen schlossen sich unsere Kollegen an. Als im Guten nichts zu erreichen war, mußte nun Streik gefordert werden. Mit dem Kampf in der Schloß- und Neumühle mußte auch gleichzeitig der Kampf mit den Spektionsgeschäften beginnen, um erstens die Kollegen der letzteren Geschäfte vor Streikarbeit zu schützen und zweitens auch das Schweigen dieser Unternehmer zu brechen.

So traten die Geschäftsführer und Mühlenarbeiter der Schloß- und Neumühle und die Geschäftsführer der Spektionsgeschäfte von Schmidt und Krüger sowie Herrmann Hagerborn am 29. Juli in den Streik ein. Bei der Firma Schmidt und Krüger erledigte sich die Angelegenheit sehr schnell, die Kollegen erhielten eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche und die Unternehmer verpflichteten sich auf Handschlag, so lange der Streik in der Schloß- und Neumühle dauert keine Streitarbeit zu verrichten. Schwere Hohn war es bei dem Unternehmer G. Hagerborn, wo der einzige Sohn sogar misshandelt. Als früh um 4 Uhr die Verbandsleitung vorstellig wurde, hatte dieser Herr noch nicht ausgeglichen, und es ging noch sehr ruhig zu, aber um 6 Uhr war hier nicht nur das Schweigen gebrochen, sondern auch die Fingergelb. Die Worte, die uns hier in den Hals geworfen wurden, wollen wir aus Anstand nicht wieder geben, aber so viel steht fest, das wir innerhalb der Jahre schon monchen großen Charakter der Führerunternehmer kennen lernten, aber diese hat Herr Hagerborn am dem fraglichen Morgen alle in den Schattten gestellt. Erst in den Nachmittagsstunden schien Herr Hagerborn seine Ruhe wieder gewonnen zu haben und es kam auch hier zu einer Einigung. Das Resultat war eine Lohnzulage von 2 Mk. keine Streitarbeit für die Schloß- und Neumühle und das Auszahlen des Lohnes am Sonnabend, das Letztere geschah bis jetzt erst immer Sonntags nachmittags.

Daß der Streik in der Schloß- und Neumühle sich so lange hingog, verpfluchtete der Nachfolger Franz Schwarz aus Dr. Grollitz, (wo seine Brüder an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen), der erst die ganze Sache mit veranlaßte und dann seine Kollegen als Verräter im Stiche ließ, nicht nur das er selbst führen ausführt, sondern er richtete auch Streikbrüche als Geschäftsführer ein. Auch die Maßregelung des Kollegen Murrh, welcher den herrschaftlichen Richter in dem Betriebe machte, ist mit auf das Konto des Schwarz zu setzen. Ob Schwarz auch 30 Silberlinge als Inhaber erhalten hat?

Dieser Streik ist am 7. August durch die Vermittlung des von der Ellenburger Einwohnerchaft beauftragten Kartellvorstandes und des ersten Bürgermeisters beigelegt worden. Der Erfolg ist eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche, er wiegt aber den Verlust nicht auf, denn von unserer Organisation ist einer und von den Mühlenarbeitern sind mehrere Kollegen auf der Strecke geblieben.

Mögen die Unternehmer unseres Berufes in Ellenburg durch dieses Gescheh gelernt haben, daß die Zeiten sich geändert und ein für allemal vorbei sind, wo man ungeniert und ungestraft die Geschäftsführer behandeln und ausbeuten konnte, wie man wollte. Daß eine Zeit angebrochen ist, in der auch die Knechte mit vollem Recht den Anspruch erheben, als Menschen behandelt und entlohnt zu werden.

Unseren Berufs Kollegen rufen wir aber zu, von der Harmonieinsel mit den bestehenden Klassen hat Jhr nichts zu erwarten. Euer Helfer ist die Organisation, ist der deutsche Transportarbeiter-Verband, je mehr und je fester Jhr Euch an denselben anschließt, desto eher erreichen wir was wir wollen.

Wir wollen nicht, daß unsere Brüder, in Not und Elend untergehn,  
 Daß sie, wenn krank und schwach die Glieder,  
 Von jedem Fremde verlassen sehn.  
 Die Menschenpflicht, die Brudertraue,  
 Söll uns mit festem Fleiß umspannt,  
 Wir wollen, daß sie frei gebeie  
 Und deshalb sind wir im Verband.

Mannheim. Zwei brave Kutscher, treue Mitglieder unserer Organisation, sind an einem Tage überfahren worden und ist am Plage geblieben. Zwei Arbeiter mit beinahe einem Dutzend minderjähriger Kinder standen zu ein und derselben Stunde am Grabe und lammerien um Ihren Erbräber, den die Arbeit so früh und so rasch ihnen entziehen hatte. Am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 2 Uhr fuhr der Kutscher Hubenauer, beschützt bei dem Grafenmanns Hof. Schreiber hier, mit einer Fülle Kolonialwaren nach der Pfalz. Nachdem derselbe gegen 7 Uhr abends seine Kutsche abgeladen hatte, mußte er in das noch 7 Kilometer entfernte Studenheim, wo er 100 Rentner Karosjetteln lud und gegen 11 Uhr den Heimweg nach Mannheim (12 Kilometer) einschlug. In Eggersheim wollte er auf den Wegen folgen, rutschte jedoch ab und geriet mit dem Kopf unter das Vorderrad. Dies geschah um 11 Uhr nachts, morgens um 1/8 Uhr war auch der Kollege Mauch in Ludwigshafen eine Leiche. Es ist ja in Mannheim nichts Neues, alljährlich erfordert das Hebelanfahren einige Opfer. Es sind jetzt drei im letzten Jahre. Der trägt nun die Schuld an diesen Unfällen. Der Unternehmer, der seine Ar-

beiter bis zum äußersten ausbeutet. Aber nicht minder auch unsere geschicklichen Körperschaften. Wo bleiben die festen Kutscherzünfte, wo bleiben die Trittbrettsvereine, wo bleiben die Bremser? Tausende unserer Kollegen haben mangels dieser so notwendigen Vorrichtungen ihr Leben lassen müssen. Der eine stößt auf den Gütern, die Ladung rutschet, er wird getödtet, der andere stößt vorn auf dem Fuhrwerk, die Pferde scheuen, er stürzt herunter, wird zu Tode gefahren. Ein anderer kommt zwischen Wagen und Veraberanzen; weil er nicht schnell genug zwischen den Pferden und Kutschen herankommt, wird er totgedrückt. Die meisten Kollegen aber finden ihren Tod beim Befahren des Wagens und warum, weil kein Trill, kein Vord, keine Handhabe, aber auch kein gar nichts vorhanden ist, das den Fuhrmann vor solchen Unfällen schützt. Unsere Fuhrunternehmer zahlen lieber viele Tausende in die Unfallversicherung, als daß sie mal einige Hundert Mark für bereit Einrichtungen ausgeben. Unsere Polizei schaut viel lieber darauf, den Kutscher bei einer geringfügigen Ueberschreitung der Straßenpolizeiordnung ein Strafmandat auszugeben, als daß sie mal gegen diese handlungsunfähigen Wageninsassen einschreitet. Tierchutzvereine arbeiten das ganze Jahr lieber auf zum Schutze der Tiere. Die bürgerlichen Mänter verschanden wegen einer Bagatelle ganze Sellen, indem sie nach Schutz der Polizei zum Nachteile des Kutschers schreiben. Das alles findet Anfang bei den geschicklichen Körperschaften. Schon jahrelang fordern wir feste Kutscherzünfte, funktionierende Bremser beim Stehe, Trittbrettsvereine usw., jedoch ist man tauchlumm demgegenüber. Der Fuhrmann hat Strafmandate, Steuerzettel, Ausbeutung, schlechte Behandlung und Bezahlung in Hülle und Fülle genossen, währenddem man für ihn gar nichts übrig hatte.

Kollegen, wollen wir erfolgreich gegen unsere heutigen kapitalistischen Einrichtungen kämpfen, wollen wir, daß auch Licht und Sonnenschein in das Feld der Kutschen bringen soll, so muß auch der letzte Inbifferenz aus der Gesellschaft herausgeholt werden. Dann muß auch ein jeder Fuhrmann, mag er fahren wo und was er will, in eine Organisation hineingebracht werden. Nur durch gemeinsame Arbeit können wir unser Ziel erreichen. Darum hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Meerane. Vor ganz kurzer Zeit berichteten wir über eine Lohnbewegung der Kollegen, in der Seebildung und dem Schwerfuhrenwesen beschäftigten Kollegen, welche nach einfalligen Streik mit vollem Erfolge beendet werden konnte. Im Anschluß an diesen traten auch die Geschäftsführer in eine Bewegung ein. Ihre Forderungen lauteten: Wochelohn 21 Mk., unter Beibehalt aller sonstigen Bezüge. Es ist wohl selbstverständlich, daß bei Lohnbewegungen für Fabrik- und Geschäftskutscher mit anderen taktischen Mitteln gearbeitet werden muß, als bei solchen, in der Seebildung und doch die ersten viel verbreiteter in ihren Betrieben und werden in der Mehrzahl der Fälle doch kaum mehr als ein bis zwei Kollegen in einem Betriebe beschäftigt. Unsere Bewegung zeitigte nun folgenden Verlauf: Am 23. Juni wurden den Fabrikbetreibern in einem öffentlichen Schreiben die Forderungen unterbreitet. Die Antwort war nicht auf den 6. Juli angelegt. Wer nicht antwortete wurde natürlich die Herrn Meeraner Fabrikanten. Die Firma Witke konnte es nicht über sich gewinnen, sie schickte unsere Briefe nebst Couvert zurück, natürlich ohne jede Bemerkung. Doch bei uns gilt Vorgesamten nicht und ließen wir uns auch nicht stören. Am 6. Juli fand öffentliche Versammlung statt. Mittels geheimer und nach Vertrieben getrennter Abstimmung wurde festgestellt, ob die Bewegung fortgeführt werden sollte oder nicht. Alle Zettel lauteten auf Fortsetzung. Hieraus gab der Gaudleiter die Devise: „Alle Kollegen haben ihre Kündigung einzureichen, und zwar sofort.“ Mittels hektographierten Schreiben, denen nur die Unterschriften beifügen waren, gingen am 7. Juli alle Kündigungen ab. Ueber sämtliche Betriebe wurde gleichzeitig die Sperre verhängt. Wir können zur Ehre unserer Meeraner Kollegen feststellen, daß dieser Beschluß strikte eingehalten worden ist. Nur ein Textilarbeiter hat diesen Sperrbeschluß durchbrochen. Je näher der Termin heranrückte, an dem unsere Kollegen die Arbeitsstelle verlassen wollten, um so mehr häuften sich die Nachrichten: „Unsere Firma hat bewilligt, wir sollen bleiben.“ Zu einem eigentlichen Kampf ist es garnicht erst gekommen, wußten die Unternehmer doch, daß in Meerane unsere Kollegen auf über 90% organisiert sind. Es hat sich wieder einmal glänzend gezeigt, was eine starke Organisation vorhanden ist machen auch die vertriebenen Unternehmer Konzeptionen. In Meerane haben wir nun einen Mindestlohn von 21 Mk., das bedeutet gegenüber dem von zwei Jahren in vielen Fällen eine Aufbesserung um 5 bis 6 Mk. pro Woche. Gewiss ein schönes Resultat gewerkschaftlicher Kulturarbeit.

Niederersch. Ein Sieg. Die Kollegen bei der Firma Heinrich Frische, Gebelau, hatten den Arbeitgeber durch den Verband ersuchen lassen, das Lohn- und Arbeitsverhältnis auf das Niveau zu bringen, wie es in allen anderen Betrieben bereits bestand. Sie forderten 22 Mk. Wochenlohn, die Zahlung der Ueberstunden von ebenfalls 8 Uhr an, Versicherung vor Kaminlaternen und Oel schens der Firma (bis dato hatten die Kutscher Laternen und Oel zu liefern) und Abschaffung des Kautions- und Prämiensystems.

Die Firma hatte dafür nicht einmal eine Antwort übrig, und so griffen die Kollegen zur Arbeitsniederlegung. Acht Tage lang hat die Firma in allen Teilen des Sachens nach Arbeitswilligen gesucht, bis sie schließlich fowiet „müßige Elemente“ gefunden, daß sie notdürftig den Betrieb aufrecht erhalten konnte. Da aber die meisten streikenden Kutscher wieder untergebracht sind und die übrigen auch keine Lust verspürten, dort wieder zu arbeiten, so wurde in einer Versammlung der Streik für beendet erklärt. Scheinbar hat also die Firma geliegt, aber der moralische Sieg liegt ohne Zweifel auf Seite der Streikenden.

Die Firma ist durch den Streik gezwungen worden, den verlangten Lohn von 22 Mk., teilweise sogar 25 Mk. zu zahlen. Auch Ueberstunden für kostenlose Kaminlaternen haben sich nicht gefunden, die Firma hat solche kaufen müssen, sogar Weislingen sind gleich im Dutzend gekauft worden. Wenn auch die Streikenden vorläufig greifbare Erfolge nicht haben, das eine Verdienst steht ihnen und der Gevierschaft zu: Sie haben in einem der rücksichtigen Betriebe Verbesserungen geschaffen, die früher oder später den organisierten Geschäftsführern zugute kommen. Ober glaubt die Firma die organisierten Geschäftsführer für alle Zeiten los zu sein? Sie hat mit Mühe und Not diesmal noch aus dem ganzen Lande so viel „Meister“ finden können; in Zukunft wird sie sich 3 gehmal überlegen, ehe sie es wieder zum Streik kommen läßt.

Schönebeck. Wohl in keinem anderen Orte dieser Gegend sind solche handbale Zustände im Transportgewerbe vorhanden, als in Schönebeck und Umgegend. Es sind hier am Orte drei Fuhrwerksbetriebe, welche das Roll- und Lastfuhrwesen im allgemeinen benötigen. Diese 3 Betriebe beschäftigen circa 85-40 Kutscher. Die Löhne, welche für diese armen Proletarier gezahlt werden, betragen pro Woche 18 Mk., bei einer Arbeitszeit von 18-16 Stunden täglich. Das beste Eborado für unsere Kutscher ist jedoch der Betrieb des Herrn P. Röttger. Dieser Herr besitzt 18 gespannte vorzüglicher Pferde, doch verfügt er nur über 4 Kutscher, welche in Wirklichkeit diese Bezahlung verdienen, die übrigen werden von der Penne herbeigezogen, diese armen Proletarier der Landstrasse, welche dem Wohlthun gar verfallen sind, leisten dann diesem Fuhrherrn für ein paar Schnapsgrößen die Arbeit. Nicht selten kommt es dabei mit dem Herrn zu Hebereien, abgebrannt, wie nun einmal diese Proletarier sind, verlangen sie, sobald sie Arbeit angenommen haben, einen Vorfuß, den sie auch erhalten, nur ist es des öfteren vorgekommen, daß sie die angenehme Arbeit nicht fertig ausführen, verlangen aber doch ihr Geld, soweit sie es verdient haben, was ihnen aber stets vorantun wird. Erst am 31. Juli spielte sich ein solcher Fall auf dem Hofe des Herrn Röttger ab. Ein Kunde war mit dem Ausladen einer Ladung Heu beauftragt worden, des Mittags verlangte er sein Geld, es wurde ihm verweigert mit den Worten, er solle erst die Arbeit fertig ausführen, der Kunde wurde jedoch aufdringlich und erzielte dafür die schönste Tracht Prügel, anstatt den Lohn. Ein Zeuge versichert, daß man dem Menschen das Gesicht blutig geschlagen hat. Wir können eine Erklärung nicht finden, warum der Herr Röttger sein Fuhrwerk solchen Leuten anvertraut. Ist es ihm darum zu tun, daß er billige Arbeitskräfte hat? Oder bekommt er für 18 oder 19 Mk. keine Kutscher? Das letztere trifft wohl zu. Bei einer Arbeitszeit von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr ohne Pausen arbeitet man nicht gern für solchen Lohn, sondern man geht dahin, wo die Arbeitszeit eine längere ist, ebenso auch lohnender. Nicht allein der Betrieb des Herrn Röttger besitzt solche hohnsprechende Einrichtungen, sondern auch die Firma W. Olms. Die Söhne des Herrn Olms scheinen eine große Vorliebe zur Schlagfertigkeit zu besitzen. Vor einiger Zeit verlor sie der eine Sohn einmal seine Schlagfertigkeit an einem Verbandskollegen zu probieren, er kam jedoch an die verlorene Adresse und wird sich für die Zukunft wohl eines Besseren besinnen, resp. zu der Erkenntnis kommen, daß man das Personal nur durch menschliche Behandlung und durch rechtliche Entlohnung halten kann. Dieses trägt viel zum Ansehen der Firma bei.

Bei der Firma G. A. Böhnert sind die Zustände etwas besser. Dieses ist nur dem Personal zu verdanken, welches fast vollständig in unsere Organisation eingetreten ist. Wir müssen jedoch unsere Kollegen in diesem Betriebe auf einen Mißstand aufmerksam machen: Des Sonntags bei Omnibusfahrten ebenso dem Stückzufahren wäre es angebracht, sich diese Arbeit bezahlen zu lassen, und nicht dieselbe nur für ein Tringelg zu leisten, denn Tringelg gehören unserer Ansicht nach nicht zum Arbeitslohn. Kollegen, es ist für euch eine Kleinigkeit, alle solche Mißstände zu beseitigen, und ihr müßt euch eingeben. Bedenkt Kollegen, daß wir in der Zeit des 20. Jahrbunders stehen, es ist eine Schmach Kollegen, daß sich Unternehmer finden, welche ihren Arbeitern Prügel statt wohlverdienten Lohn geben. Wie lange soll es dauern, bis ihr den Organisationsgedanken erfaßt habt. Wer nicht mit dazu beiträgt, alle diejenigen, mit welchen er in Arbeit steht, sie unserer Organisation zuzuführen, erfüllt die Aufgaben eines gewerkschaftlich organisierten Kollegen in dem Sinne, wie er es tun soll, nicht. Den Kollegen, welche noch nicht organisiert sind, rufen wir zu, treten ein in die Organisation, schüttelt eure Engergigkeit ab. Solange ihr euch dagegen sträubt, habt ihr auch die Schuld an solchen Zuständen zu tragen, seid ihr ein Hemmschuh in der Arbeiterbewegung. Kollegen, ihr verdingt euch an euren Kindern sowohl wie an euch selbst, wenn ihr so weiter wie bisher dahin lebt. Also beherzigt diese Worte, merdet wadere Streiter für den deutschen Transportarbeiterverband.

Stolz. Die wirtschaftliche Lage unserer hiesigen Kollegen ist eine herartig miserabel, daß es so viele bisher nicht weiter gehen kann. Bei den teuren Lebensmittelpreisen ist es zur Unmöglichkeit geworden, mit unzureichendem hiesigen Lohn auch nur die dringendsten Lebensbedürfnisse decken zu können. Bei mindestens 12 stündiger täglicher Arbeitszeit wird ein Lohn von 12 bis höchstens 17 Mk. pro Woche erzielt. Es gilt jetzt am Orte die Organisation zu starten und derselben alle Berufs Kollegen zuzuführen, damit wir in absehbarer Zeit an eine endliche Besserung unserer Lebenslage denken können. Je größer die Mitgliederzahl unserer Organisation wird, desto leichter wird es uns gelingen, den Unternehmern Mißpelt einzuspielen und höheren Lohn abzutragen. Jeder einzelne, der dem Verbands beiträgt, hilft schon bei dieser schweren Arbeit mit, verneigt uns die Aussichten auf ein schöneres Dasein. Lange genug haben wir als geringe Arbeitsskiziere im Zwitterge der Arbeitgeber geschwiegt und unsere Knochen abgerader, laßt uns jetzt auch einmal Menschen sein und das Leben genießen. Wir wollen gewiß nicht faulenzeln, aber wir wollen soviel verdienen, daß wir mit unseren Familien genügend zu essen haben. Da-



zu sein ethisch Zeit beizutragen, ist die erste Pflicht jedes einzelnen Berufscollegen, also auch sich jeder Kamerad unserer Organisation anschließen und in ihr Schutze an Schutze kämpfen. Nur wer das tut, ist ein ganzer Mann, ein rechtschaffener Arbeiter.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin I. Ein Vierteljahr regloser Tätigkeit, an Arbeit schwer, an Erfolgen reich, liegt hinter uns. Nachdem im ersten Quartal 1907 alle die durch den Zusammenschluss des Vereins mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande bedingten Unannehmlichkeiten beseitigt wurden, galt es im 2. Quartal mit vereinten Kräften an den inneren Ausbau der Organisation sowie an der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der in der Verwaltung I organisierten Berufscollegen heranzugehen. Es darf hierbei nicht uerlassen werden, dass es eine gewaltige Aufgabe war, welche sich die Verwaltung gestellt hatte, doch können wir getrost behaupten, dass mit dem bisher Erreichten, als Vorkursatz betrachtet, die Collegen zufrieden sein können. Andererseits sei allen den Distriktsfuhrern, Bezirksfuhrern und Vertrauensmännern, sowie den einzelnen Sektionsleitungen und Agitationskommissionen für ihre unermüdliche Mitarbeit am Aufbau der inneren Organisation und deren Kräftigung der Dank aller Berufscollegen ausgesprochen. Nachdem das zweite Quartal gezeigt hat, dass es wieder vorwartsgang geht, dass die Verwaltung I wieder im Aufsteigen begriffen ist, leben wir, dass wir über die Krise, über die Zerfallenszeit, welche im 1. Quartal vorhanden war, in der Verwaltung hinweg sind. Darf noch nicht uerlassen werden, dass der größere Teil der Bezirksführer des früheren Vereins beim Nebertritt die Kräfte ins Korn schick, und so schnell wie möglich bei den Collegen wieder ihre Tätigkeit fortlebten, da sonst ihre „gewerkschaftlichen Gesuhle“ stark beeinträchtigt würden, da ploschlich von ihnen mehr Idealismus, mehr Klassenbewusstsein verlangt wurde.

Für die Verwaltung gingen zur Erledigung ein: 605 Briefe, 392 Postkarten, 41 Drucksachen, 3 Pakete, 3 Postanweisungen. Insgesamt 1044 Eingänge.

Ausgänge sind zu verzeichnen: 1001 Briefe, 87 Postkarten, 1504 Drucksachen. Insgesamt 2592. Auswaunse wurden im Bureau an ruhensende Collegen in folgenden Fragen erteilt (ausgenommen sind die vielen, welche den Verbandsanwalt in Anspruch nahmen): Wegen Polzeikonventionen 27, gewerkschaftliche Streitfragen 263, andere gerichtliche Streitfragen 46, Unfallversicherung 27, Invalidenversicherung 13, Krankenversicherung 42.

Schriftliche wurden für Mitglieder angefertigt: Steuerkalamationen 13, Unfallversicherung 3, Invalidenversicherung 8, Krankenversicherung 5, ferner diverse Schriftstücke 7.

Hierbei muss erwähnt werden, dass alle Schriftstücke an Arbeitgeber wegen Lohnforderung nicht mit angeführt sind. Bezüglich der Klagen, welche sich aus der Versicherungsgesetzgebung ergeben, muss einem Teil der Collegen der Vorwurf gemacht werden, dass sie mit ihren Angelegenheiten tatsächlich bis auf den letzten Tag warteten, so dass so mancher schöne Erfolg für einzelne verloren geht. Sollten einzelnen Collegen die angegebenen Rollen zu niedrig erscheinen, so wollten wir darauf hinweisen, dass der eigentliche Ort der Erledigung von Klagen z. B. aus der Versicherungsgesetzgebung die Arbeiter-Gewerkschaftskommission mit ihrem Rechtsbureau ist, an die auch die Collegen unter Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches hingewiesen werden, so dass sich die Zahl der Rechtsuchen dadurch gegen oben bedenklich erhöht.

Es fanden im 2. Quartal 7 oeffentliche Versammlungen, 32 Mitgliederversammlungen und 126 Besprechungen und Sitzungen statt, in denen hauptsächlich organisatorische und agitatorische, sowie Lohnfragen und Streitigkeiten in den einzelnen Betrieben erledigt wurden.

Ferner fanden 9 Angriffsbewegungen statt, an denen 787 Collegen beteiligt waren. Von diesen verblieben alle ohne Erfolg. Davon 8 mit Erfolg, eine ohne Erfolg.

Die Angriffsbewegungen fanden statt für die Hausdiener und Wader der Betriebe Heumann, Sittenfeld, Hermann, Nationalzeitung (erfolglos), v. Roncel, Lillhauer, Humbert, Osabrucker Papierfabrik und H. Herkog.

An Aussperrungen (Wortarbeiter) sind 16 Collegen beteiligt. An den Streiks anderer Gewerkschaften sind in 2 Fällen 2 Collegen beteiligt. Nachregelungen unserer Collegen fanden in 7 Fällen statt, und sind dabei 10 Collegen von betroffen worden.

Aus den Lohnbewegungen ergibt sich erst der Nutzen und der Wert der geschlossenen Einzelorganisation. Oeffentlich zeigen auch unsere Initiatoren, die Wader den Wert des einheitlichen Zusammengehens und Zusammenarbeitens aus den Vorteilen, welche für eine große Zahl von Berufscollegen geschaffen wurden.

Auch das kommende Vierteljahr wird zeigen, dass endlich die Berliner Hausdiener aus dem ewigen Schlaf der Gleichgaltigkeit erwacht sind, und neuen Erfolgen in der Agitation, sowie in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wollten wir entgegengehen.

Raffensbericht vom 1. April bis 30. Juni 1907:

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgaben' with sub-items like 'Postkassen', 'Drucksachen', etc.

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'Duplicata G. & 20 Pf.', 'Nachtraglich eingegangene Beiträge', 'Zinsen', etc.

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'An Krankenunterstützung', 'Sektionsunterstutzung', 'Vertrauensfuhrung', etc.

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Befand am 1. Juli', etc.

Berlin, den 18. Juli 1907.

H. M. F. H. N. E. R.

Berlin. Am Sonntag, den 21. Juli, fand eine gut besuchte Versammlung der Sektionsleiter statt. Ein Kollege hielt einen Vortrag über die moderne Gewerkschaftsbewegung. Nebener Silderbete die Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und führte den Anwenden die Ausbeutungsfucht der Unternehmer drastisch vor Augen, kam dann noch auf den sich als arbeiterfreundlich aufspielenden Pressen zu sprechen und gelieferte mit scharfen Worten deren Verhalten im Reichstage. Er schloß seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag, mit der Mahnung, treu zur Organisation zu halten. Es kam zu der Wahl eines Sektionsfuhrers und wurde als solcher Kollege Johann Weppermuller, Tempelhof, Ringbahnstr. 49, wohnhaft, vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Der Sektionsleiter gab dann bekannt, dass der ehemalige Schriftführer Kandler, der doch bis dato einer der fleiigsten und tatigsten Kollegen war, sein Material durch einen anderen Kollegen zusuchte und noch nicht mal in der Versammlung erschienen sei, um sich dort zu erklären. Kollege Saunemann gab dann den Bericht über die bezahlten Streikunterstutzungen. Darauf wurden abgeliefert: und zwar die Firma Benzel 58 M., Firma Weverhof 17 M., Firma Hausmann 18 M., Firma Strebelow — M. und die Aufstellungskolonnen 322 M. Weppermuller machte darauf bekannt, dass er für die Firma Weverhof noch 20 M. an Kandler abgeliefert habe, der Vertrauensmann von Strebelow 14 M. Kandler war aber, wie vorhin schon erwähnt, nicht anwesend und konnte weiter keine Erklärung abgegeben werden. Der Sektionsleiter machte dann die Mitteilung, dass die Sperte über die Firma Georg Weissenhagen aufgehoben sei, weil sich der Inhaber nicht mehr weigerte, Organisierte einzustellen und auch die besten Löhne zahlte wie die anderen Unternehmer. Nebst dieser Schwierigkeit sich darüber, dass in unserer Versammlungen immer der alte Stamm von Kollegen da wäre und die jüngeren Kollegen durch Abwesenheit kanzten. Er stellte dann den Antrag, dass jeder Kollege, welcher die Versammlung besuche, einen Sektionsstempel in sein Mitgliedsbuch bekomme, um so eine Kontrolle zu haben, wer die Versammlung besucht habe oder nicht. Der Antrag wurde angenommen. Schmolte stellte hierauf den Antrag, eine Teilerkennung für den Zentralfonds bezuer verstorbenen Genossen Auer zu veranstalten. D. Stolz sprach dagegen und meinte, dass der Gen. Auer sich ein Denkmal für die Partei verdient habe, und der Parteivorstand ihm ein solches setzen könne. Darauf wurde der Antrag abgelehnt. Nachdem Schmolte noch antrug, ob Kobel die 9 M., welche für Strafen von Kollegen, welche ihr Mitgliedsbuch verfallen hatten lassen, einliefert habe, schon abgeliefert habe, und der Sektionsleiter bekannt gab, dass dieses bis jetzt noch nicht geschah sei, fand Schluss der Versammlung statt.

Am Freitag, den 26. 7., führte unser Kollege Schauder von der Firma Arndt u. Comp. aus der Höhe des ersten Stodwerkes vom Gerast und zog sich einen Bruch des linken Unterschenkels, eine Verletzung der linken Schulter und eine Verletzung des rechten Beins zu. Man schickte ihn mittels Drohsche nach der Unfallstation und von dort nach dem Reichswehr-Krankenhaus. Es soll beim Schuttdachabdecken das Gleichgewicht verloren haben.

Rechtum. Am Sonntag, den 4. d. M., fand die erste oeffentliche Versammlung für die Handels- und Transportarbeiter statt. Als Referent war der Gauleiter erschienen. Die Versammlung war zwar sehr schwach besucht, was ja einestheils auf die mangelnde Bekanntheit sowie andernteils auf die am selben Sonntage stattfindenden Festlichkeiten zurufzufuhren ist. Auch waren ca. 20 Stollegen von auswärts erschienen, um sich zu überzeugen, ob es denn wirklich so traurig um die Bochumer Kollegen stünde, wie diese so mancher schon geschrieben. Der Gauleiter, welcher schon vor Jahren sich die größte Mue gegeben, um für Verbesserungen einzutreten, glaubte in seinem Referat es hervorheben zu können, dass jetzt erst die Zeit, wie sich ja deutlich zeige, gekommen sei. Nachdem einige Disziplinsredner für eifrigere Agitationsarbeit sich ausgesprochen, um mitzuarbeiten für Verbesserung der Lage im Transportarbeitergenosse, wurde die Versammlung geschlossen.

Breslau. Am 30. 7. tagte in den Unionsfesthallen unsere Quartalsversammlung. Der Bedenklichste referierte über die Bedeutung des neugegründeten Arbeitgeberverbandes für das Transportgewerbe. Die Arbeitgeber haben sich als Schutzmacher etabliert. In einer am 6. Mai d. J. abgehaltenen Konferenz wurde beschlossene, einen Arbeitgeberverband, der sich aber ganz Deutschlands erstrecken soll, zu gründen. Urheber ist Dr. Wolke, bekannt unter dem Namen Klingelbolle, mit dem sich der „Courier“ schon oeffentlich beschäftigt hat. Nach dem Geheimprotokoll der Konferenz, das vor einiger Zeit im „Courier“ veroffentlicht wurde, waren Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen, aus Breslau die Herren Sobyanst und Semper, und sind ihre Vertretungen nur darauf gerichtet, unseren Verband zu zerklumeln. Sie wollten an allen Orten den Arbeitsnachweis in ihre Hände bekommen, gemeinsam auf die Presse in ihrem Interesse einwirken, und die Krone soll dann der Zusammenschluss aller Arbeitgeberverbände bilden. Aber sie wollten noch mehr, Tarifverträge dürfen nur im künftigen Notfall abgeschlossen werden, wenn kein anderer Ausweg mehr bleibt, die Arbeiter dürfen nicht mitbestimmen über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Am gefährlichsten können uns die Arbeitsnachweise werden, gelangt der Mann, dann erhält kein Arbeiter, welcher sich möglich macht oder als Heher gilt, Arbeit, bei schlechter Konjunktur würden die Löhne gedrückt werden usw.

Um all diesen Plänen wirksam entgegenzutreten, muss jeder Kollege nach besten Kräften beschreit sein, unsere Reihen so zu stärken, dass alle scharfmarkenartigen Pläne wirkungslos bleiben.

In der Diskussion sprachen alle Redner im Sinne des Referenten. Darauf wurde der Geschäftsbericht gegeben. Es wurden abgehalten zwei oeffentliche, drei Mitgliederversammlungen und 53 Besprechungen. Differenzen hatten die Hausdiener bei Bernhard Joseph Grund, sie wollten 1 1/2 Stunden Mittagspause haben (bisher 1 Stunde), da sie jetzt gezwungen sind, ihr Essen auf der Straße einzunehmen. Der Chef gab zur Antwort: „Geht in den Hausflur!“ Leider haben die ältesten Hausdiener Wohn und Wesler durch Unterschrift erklärt, dass sie mit einer Stunde Mittag auskommen, auch sonst das Verhalten der Firma gut finden. Die Firma ließ sich von einem Hausdiener wegen 3 M. verklagen und wurde auch verurteilt.

Auch die Sanftschiler hatten wiederholt Differenzen, welche vor dem Gewerbebeschlechtsgericht erledigt wurden.

Lohnbewegungen mit gutem Erfolge hatten die Kollegen im Emallsverl. „Giesla“, die Hilfsarbeiter der Maschinenbauanstalt (3 M.), die Kollegen in der Schmelzentrank, und die Kausler im Fuchshofe (1 M.).

Die Agitation ist nicht so stark gewesen wie nötig, die Mitgliederzahl ist wohl in die Höhe gegangen, aber Marken sind weniger verkauft worden; das liegt zum Teil daran, dass zu wenig Kollegen aus Bezirkskassierer tätig sind, deshalb ist es Wünsch eines jeden Kollegen, welcher etwas Zeit hat, sich zur Mitarbeit zu melden.

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'Der Kassenbericht liegt gedruckt vor', 'Einnahmen waren', 'Ausgaben', etc.

Table with 2 columns: Description of transactions and Amount. Includes 'Unterstützungen wurden ausbezahlt', 'An Arbeitstufe', 'Kranke', etc.

Die Revisoren bestätigten den angegebenen Kassenbericht und beauftragten Decharge für die Disziplinarverwaltung. Nach längerer Diskussion, in welcher unter anderem behauptet wird, dass sich so wenig Stollegen an Verhandlungen von Mitgliedern beteiligten, wurde der Disziplinarverwaltung Decharge erteilt. Nummer teilt mit, dass aus Anlass unseres Jahresfestes ein Festzug der Kinder mit Musik vom Striegarner Platz nach Kofel von der Polizei genehmigt worden ist.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung vom 7. August, welche sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit der Tagesordnung. Wie stellen sich die Mitglieder zu einer Neuregung der Beitragsleistung. Der Gauleiter referierte in kurzen Worten, worin der Verbandsrat in Berlin die Ablehnung der Disziplinarverwaltung beschlossen hat. Durch die letzte Reichstagswahl haben die Unternehmer Mut bekommen. Es sollen durch Aussperrungen und protokollierte Streiks die Gewerkschaften ver-



schief werden. Die großen Ausparierungen der Holzrätter, Quararbeiter, Hagenarbeiter haben zur Folge gehabt, wobei wir liefern. Auch in unserem Bereiche werden diese Kämpfe sicher kommen. Der Zusammenschluß der Arbeitgeber im Spektationsgewerbe, sowie die Errichtung von Arbeitsnachweisen ihrerseits werden noch schwere Kämpfe und große Opfer erfordern.

Um all diesen Anforderungen genügen zu können, beschloß der Verbandstag die Wiedereinführung der Streikmarke von 30 Pf. pro Vierteljahr.

Da wir nun schon eine Sekretariatsmarke pro halbes Jahr von 35 Pf. zu leben haben, und es dem Bezirkskassierern dadurch ungemein schwierig gemacht wird, ihren Posten gewissenhaft auszuführen, empfiehlt die Kommission einer Einheitsmarke von 40 Pf. pro Woche und Abschaffung aller Extramarke.

Nach einer lebhaften Debatte, in welcher das Für und Wider gestreift wurde, beschloß die Versammlung mit allen gegen 3 Stimmen vom 1. Oktober ab den 40 Pf. Beitrag, für Weisliche und Jugendliche 25 Pf., unter Wegfall aller Extramarke. Durch die Einführung der 40 Pf.-Marke sollten die Mitglieder pro Woche 1/4 Pf. mehr wie bisher und empfahl Kollege Zimmer, ein dreifaches Streikgeld für unsere Frauen und Kinder dafür einzuführen.

Kollege Seibt beantragt, nur für Frauen das Streikgeld einzuführen. Ein Antrag Meier, die Ortsverwaltung möge bis zur nächsten Versammlung ein Reglement ausarbeiten, um es dem Zentralvorstand zur Beschlußfassung vorzulegen, wurde angenommen.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Hessen und anderen Orten, welche schon lange ausgesperrt sind, und Abhilfe der Unternehmer ist, die Organisation der Tabakarbeiter zu vernichten, werden anstatt der 1500 20 Mk., und ist innerhalb 3 Wochen der Kampf nicht beendet, weitere 10 Mk. aus Ortsmitteln beizutragen.

Randsberg a. d. W. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung fand am Sonntag, den 4. August, statt. Ein Kollege aus Lichtenberg berichtete über die Verhandlungen und Beschlüsse des 5. Verbandstages. Insbesondere wies der Referent darauf hin, daß eine Vertragsveränderung nicht vorgenommen worden sei. Da jedoch die Kämpfe zur Erzielung besserer Wohn- und Arbeitsverhältnisse immer heftiger werden, und die Arbeiter sich schwerer Kämpfe entgegenstellen, ist es notwendig, möglichst viele Mittel anzusammeln und wurde daher beschlossen, daß jedes Mitglied pro Quartal 30 Pf. zum Streikfond zu entrichten hat. Die Abwehrenden erklärten sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Am Schluß seiner Ausführungen wies der Kollege darauf hin, daß das stenographisch aufgenommenen Protokoll der Verbandsgeneralversammlung im Druck, 559 Seiten stark, erschienen ist und an jedes Mitglied zu Preis von 25 Pf. abgegeben wird. Der Ausforderung zum Bezuge des Protokolls kamen fast sämtliche Anwesenden nach.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende, Kollege Morly, daß er eines Tages den früheren Kassierer Otto Sawinski fragte, warum er aus dem Wahlvereine ausgetreten sei, da er vorher eifrig dafür eintrat. Hierauf legte Sawinski sein Amt als Kassierer nieder und erging sich in wässrigen Schimpereien und Bedrohungen. Einige Tage später fand eine Vorstandssitzung statt, welche sich mit dem Verhalten Sawinskis beschäftigte. Durch ein Vorstandsmittglied war es zu dieser Sitzung eingeladen. Sawinski veranlaßte nun wiederholt mehrere Polizeibeamte, die Vorstandssitzung als nicht angeordnete Versammlung zu betrachten und aufzuheben in der ausgesprochenen Absicht, den Kollegen Morly und Daber zu einer Strafverurteilung zu verhelfen. Mittler versuchte Sawinski laut seiner eigenen Aussage und dem Zeugnis mehrerer Kollegen, die Mitglieder unseres Verbandes zum Austritt aus der Organisation zu bewegen. Hierbei agitierte er mit der schamlossten Anmaßung, daß bereits 20 Mitglieder ihren Austritt erklärt hätten. Durch die hieran anschließende Debatte, an welcher sich die anwesenden Kollegen zahlreich beteiligten, wurde jedoch festgehalten, daß die Kollegen gar nicht daran denken, sich von Sawinski bestimmen zu lassen. Von allen Rednern wurde die Handlungsweise Sawinskis auf das schärfste verurteilt. Einmütig wurde alsdann beschlossen, beim Hauptvorstand den Antrag auf Ausschluß Sawinskis zu stellen.

Kassierer wurde der Kollege Rudolf Daber, Wollstraße 18, gewählt und erfolgen von jetzt ab alle Zahlungen dorthin.

Weiter wurde beschlossen, im Monat Oktober d. J. eine öffentliche Agitationsversammlung abzuhalten und hierzu Handzettel auszugeben. Alle Kollegen haben die Pflicht, eifrig für einen guten Zweck der Versammlung zu agitieren. Das Stimmrecht findet im November statt. Nachdem wurde beschlossen, pro Mitglied 10 Pf. aus der Dr.-Kasse für die ausgesperrten Tabakarbeiter abzuführen. Mehrere Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen, und ersuchte hierauf der Schluß dieser interessanten Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Leipzig. Quartals-Generalversammlung am 26. Juli. Zum 1. Punkt über den Antrag der Ortsverwaltung, die Amtsführung eines weiteren Beamten, wies Kollege Engelkauf nochmals auf die Notwendigkeit der Entlassung hin. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag gegen einige Stimmen angenommen und soll diese Stelle im 'Courier' ausgeschrieben werden. Es lag nun ein Antrag des Kollegen Daber vor in Bezug auf die weitere Diskussion: fünf Anträge gingen aus, daß die Verhandlungen mehr zu haben sind, auch müßten mehr

Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen stattfinden. Nach längerer lebhafter Debatte wurde dieses der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen. Hieraus erlatete der Vorstand die Beschlüsse des Geschäftsberichtes vom 2. Quartal. Derselben war zu entnehmen, daß in einer ganzen Anzahl Betrieben Lohnbewegungen und Differenzen stattgefunden haben. Unter letzteren befindet sich auch der Konsumverein Zwenkau, und ist zu wünschen, daß sich diese Angelegenheit in gütlicher Weise regelt. Da der Kassierer am Erscheinen verhindert war, wurde der Kassienbericht bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt. Den Bericht über die Bautätigkeit sowie den Arbeitsnachweis gab der Kollege Kühnert; es ging daraus hervor, daß der Arbeitsnachweis in letzter Zeit gegenüber den Vorjahren eine wesentliche Besserung erfahren hat, nur ist zu wünschen, daß jeder Kollege jede freiverbende Stelle sofort im Bureau meldet.

Leipzig. Eine aufgesuchte öffentliche Versammlung der Markthelferburichen des Leipziger Buchhandels nahm Stellung zu der Frage: Sündigen wir unseren Tarif? Kollege Schmidt bringt zunächst die Entschuldigungsfrage des Tarifs in Erinnerung. In der Hand reichhaltiges Material liefert er den Beweis, daß sich eine Tarifrevision notwendig mache. Nicht zuletzt aus dem Grunde, da der erste Tarif nicht so gestaltet werden konnte, um allen Anforderungen gerecht werden zu können. Weiter behauptet er in einer großen Anzahl von Firmen Sonderabmachungen; die Erfüllung dieser Probleme liegt am Verschulden beider Teile, Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer. Im Zusammenhang mit diesem stehe das Berechnen der Ueberjunden. Der Arbeitsnachweis entbehre bis jetzt noch die im Tarif vorgezeichnete Parität, wozu im wesentlichen der Vorlieber der Bestallungsbeitrag. Die Entlohnung der Aufseher wird als ungenügend geschätzt und der heute vorhandenen wirtschaftlichen Ansprüchen gegenüber als unzulänglich bezeichnet. Im weiteren behandelt der Referent die Bedeutung des Tarifausschusses als Schlichtungskommission; auch diese Gestaltung sei nicht ohne Mängel.

In vorstehenden Punkten sei der moralische Zwang enthalten, den Tarif zu revidieren und auszubauen.

Die innere Wirtschaftlichkeit der Organisation sei eine glänzende und dem Zweck entsprechende. Sie gibt uns die Gewähr, daß die Herren Unternehmer sehr wohl auf unseren Vorschlag eingehen und in Verhandlungen mit uns eintreten werden. Um letzteres anzubahnen, müsse der Tarif zum 15. August genehmigt werden.

Vor einer Verschleppung warnt Redner; die letzte Hochkonjunktur dürfen wir nicht unbenutzt vorbeigehen lassen. (Der einleitende rauschende Beifall bewunderte allgemeines Einverständnis.) Mehrere Diskussionen bewegten sich im Sinne des Referenten, die Ausführungen teilweise ergänzend.

Nur ein Kollege rief von der Rühnbühne ab. Sein zaghaftes Mutreden sowohl als seine mangelhaften Ausführungen lassen erkennen, daß er nicht aus Ueberzeugung gesprochen hat. Er wird auch von mehreren Rednern gehörend abgeföhrt, von den Zuhörern verpöthelt.

Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen:

Die am 9. August 1907 im Saale des Schloßlethers zu 2. Abendig tagende, zahlreich besuchte Versammlung der Markthelfer und Burichen im Leipziger Buchhandel erklärt, daß die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse in letzter Zeit eine beträchtliche Höhe erreicht hat, daß sie nicht mehr mit dem, im bestehenden Tarif festgelegten Entkommen in Einklang zu bringen ist. Deshalb wird die Verwaltungskommission des deutschen Transportarbeiterverbandes beauftragt, den zwischen dem Verein der Buchhändler in Leipzig und genannter Organisation im Jahre 1905 abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag am 15. August zu kündigen. Gleichzeitig beauftragen die Verammelten die Sektionsleitung, den im Oktober dieses Jahres zum Ablauf gelangenden Tarif einer Revision zu unterziehen und das Resultat ihrer Entscheidung einer späteren Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Lebenberg. Am 4. 8. fand unsere Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Rechnungsablage, gibt Kassierer Riemer den Kassienbericht vom 2. Quartal wie folgt: Einnahme 200 Mk. Die Ausgaben betragen: In die Hauptkasse 508,65 Mk., diverse Ausgaben 223,20 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Mitgliederbestand beträgt 150.

Dann gab Redner den Geschäftsbericht des 2. Quartals. Im Einigen sind zu verzeichnen: 15 Briefe und Karten, Drucksachen 3, Pakete 15, Drucksachen 31, Drucksachen 1. Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt. 1. Dezentrale Versammlungen fanden statt 1. Mitglieder-Versammlungen 3, Besprechungen und Sitzungen 7. Ferner sind noch 2 Lohnbewegungen zu verzeichnen, die ohne Streit gewonnen wurden: die auf der Obenbürglichen Glasbläse, wo die Kollegen durch die Organisation täglich 50 Pf. mehr erhalten haben, pro Woch drei Mark; in Betracht kommen 200 Kollegen. Bedauerlicherweise sind bei dieser Gelegenheit zwei Kollegen gemehregelt worden; die Ortsverwaltung hat in dieser Angelegenheit alles versucht, um die Sache wieder in Ordnung zu bringen. Alle Versuche scheiterten an der Direktion der Glasbläse, und ist die Ortsverwaltung in der Absicht, daß angefochten nicht aufgehoben ist. Die zweite Lohnbewegung war die im Obenbürglichen Konsumverein; es wurde der Tarif, welcher seitdem erst den Sechster Genossenschaftstag erlassen wurde, nicht durchgeführt und sogar einige Portelle mehr. Die dort beschäftigten Kollegen haben durchschnittlich eine Lohnerhöhung von

vier Mark pro Woche erhalten. Redner sühnte den Kollegen vor Augen, daß sie diese Lohnerhöhung nur der Organisation zu verdanken hätten und bat die Kollegen, dieser in Zukunft nicht zu vergessen, sondern alle Kräfte anzupacken, um noch weitere Fortschritte zu machen. Nachdem trat Schluß der Versammlung ein.

Spanbau. Am Sonnabend, den 20. Juli, fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand der Kassienbericht vom 2. Quartal 1907; denselben erlatete Kollege Appoldt. Der Kassienbestand vom 1. Quartal betrug . . . 252,12 Mk. Die Einnahmen waren 7 zu verzeichnen . . . 7,-- Wochenbeiträge wurden 1088 Stk. à 40 Pf. umgelegt . . . 418,20 Wochenbeiträge à 20 Pf. 87 Stk. . . . . 7,40 Der Ueberfluß vom Stiftungsfest betrug . . . 2,40 Von einem Kollegen wurden gestiftet . . . 1,40 Insgesamt betrug die Einnahme . . . 690,02 Mk.

Die Ausgabe betrug: An örtlichen Rechtschutz . . . 20,-- Mk. An örtliche Reise-Unterstützung in 4 Fällen . . . 8,50 Die persönlichen Ausgaben betragen . . . 86,40 Die sächlichen Ausgaben betragen . . . 10,70 Porto und Drucksachen . . . 8,50 An die Hauptkasse gesandt . . . 828,55 Summa 690,02 Mk.

Bilanz. Einnahme . . . 690,02 Mk. Ausgabe . . . 402,65 Mk. Bleibt somit ein Kassienbestand von . . . 292,37 Mk.

Die Redner bestätigten die Abrechnung und erklärten die Bücher, Belege sowie Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben. Ferner beantragten sie, den Kassierer zu entlasten, was einstimmig geschah.

Es ist hier leider in Spanbau mit dem Versammlungsbesuch sehr schlecht bestellt. Die Verwaltungsstelle zählt über 100 Mitglieder, aber wenn zu einer Versammlung 80 erscheinen, so ist die Zahl schon sehr hoch.

Den Kollegen ist doch dringend zu raten, die Versammlungen besser zu besuchen, damit auch sie von den Vorgängen in der Verwaltung unterrichtet sind. Aber leider, so scheint es, haben die Kollegen wenig oder gar kein Interesse daran.

Kollegen, soll unsere Lage eine bessere werden, so muß jeder Kollege mit Hand ans Werk legen. Nur wenn alle Kollegen mitarbeiten, wird es anders werden. Darum ersucht zur nächsten Versammlung Mann für Mann.

**Briefkasten.**

St. Stettin. Versammlungsanfrage werden laut Generalversammlungsbeschlusse nicht mehr im 'Courier' aufgenommen.

**Mitteilungen des Vorstandes.**

Ausgeschlossen wurden auf Grund § 8, Abs. 7a und b des Verbandstatuts nachstehende Mitglieder:  
In Weisfeld: Bohnekamp, Opt.-Nr. ?  
In Dresden: Paul, Almin, Opt.-Nr. 150 424.  
In Ebersfeld-Warmen: Hubert, Gustav, Opt.-Nr. ?, Rämpfer, Wlg., Opt.-Nr. ?  
In Gera: Erbs, Opt.-Nr. 255 228.  
In Halle: Sondershausen, August, Opt.-Nr. 200 478, Wille, Emil, Opt.-Nr. 200 218.  
In Randsberg a. d. W.: Sawinski, Otto, Opt.-Nr. 274 204.  
In Mannheim: Pelfer, Adam, Opt.-Nr. 276 249, Schweitzer, Gustav, Opt.-Nr. 278 692.

**Berichtigung.**

In der Nr. 17 des 'Courier' vom 28. Juli d. J. ist unter dem Titel 'In der Aufsicht des früheren Mitgliedes Fischer, I., Opt.-Nr. 102 519' (sicht Betonarbeiter, früher auf der Winterhuder-Brauerei beschäftigt, nicht zu verwechseln mit R. Fischer auf der Darmstädter-Brauerei) veröffentlicht. Als Grund des Ausschusses ist angegeben worden: 'Wegen Denunziation bei der Polizeibehörde'. Dieses ist ein Irrtum. Die Denunziation trifft nur das in derselben Nr. mit bekannt gegebene ausgeschlossene Mitglied Karl Starke. Fischer hat sich anderer Vergehen zuschulden kommen lassen.

Anfänglich dieser Berichtigung, die dadurch veranlaßt wird, daß der Verichterfasser unserer Hamburger Verwaltungsstelle, die Vergehen der ausgeschlossenen Mitglieder nicht auseinander gehalten hat, müssen wir für die Zukunft auf das dringendste ersuchen, daß, soweit verschiedene Vergehen gegen die Interessen der Organisation seitens zwei oder mehrerer Mitglieder vorliegen, uns darüber ausführlich und getrennt berichtet wird.

Des ferneren eruchen wir bei Ausschlußanträgen, Unterhaltungsgegenstände etc. stets im Auge der Hauptkassierer und der betreffenden Mitglieder. Es wird uns und den Ortsverwaltungen dadurch sehr viel unnötige Schreiberlei und recht viel Zeit zu nutzloseren Arbeiten erspart.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Str. 21, Hof 1 Tr.

**Engelntmachung.**

Dresden. Das Büro der Ortsverwaltung Dresden und des Gauvorstandes befindet sich vom 5. September cr. ab Nikolaistraße 37, 1. Etage, Dresden 1.

Die Kollegen werden ersucht, sich die Adresse auszusprechen und aufzubehalten.  
Der Gauvorstand.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nibel, Berlin.  
Verlag der Buchhlg., 'Courier', O. Schumann-Berlin.  
Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.